



93. Sitzung, Dienstag, 15. Dezember 2020, 08:15 Uhr

Vorsitz: *Roman Schmid (SVP, Opfikon)*

Verhandlungsgegenstände

1. **Mitteilungen** 1
2. **Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2021 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2021–2024....** 2
 Antrag des Regierungsrates vom 26. August 2020, Nachtrag vom 23. September 2020 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 19. November 2020
 Vorlage 5644b, *Fortsetzung der Beratung*
3. **Verschiedenes**..... 64
 Fraktions- und persönliche Erklärungen

1. Mitteilungen

Geschäftsordnung

Ratspräsident Roman Schmid: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

2. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2021 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2021–2024

Antrag des Regierungsrates vom 26. August 2020, Nachtrag vom 23. September 2020 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 19. November 2020

Vorlage 5644b, *Fortsetzung der Beratung*

Baudirektion

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Ich spreche generell zu den Baudirektions-Leistungsgruppen der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*), und im Anschluss wird Walter Honegger zum Bereich der KPB (*Kommission für Planung und Bau*) sprechen.

Wir erleben in dieser Legislatur und damit auch beim Budget ein regelrechtes grünes Powerplay. Doch die Klimakrise ist auch nicht mit Velowegen und mehr Personal in der Verwaltung zu bewältigen. Angesichts der akuten Krise gilt es Mass zu halten und Prioritäten zu setzen. Folgendes Bild geht mir in diesem Zusammenhang nicht aus dem Kopf, es ist eine kleine Weihnachtsgeschichte: Wir blicken kurz vor Heiligabend in die Stube eines bescheidenen Hauses. Der Vater hat kürzlich die Stelle verloren, die Mutter ist krank. An den Scheiben bilden sich Eisblumen, weil die Ölheizung verboten wurde (*Heiterkeit*). Die fünf hungrigen Kinder sitzen mit traurigen Augen am karg gedeckten Tisch. Der Handy-Akku ist leer, weil gerade keine Sonne scheint und kein Wind bläst. Und dann fordert der jüngste Grünschnabel trotzig eine Modelleisenbahn und ein neues Velo für die Weihnachtsbescherung. Nun, Sie ahnen es, es ist wohl wirklich der falsche Moment. Immerhin hat es die hellgrüne Fraktion, die GLP, nun eingesehen und den Antrag für jährlich zusätzliche 15 Millionen Franken zur Schwachstellenbeseitigung am Velonetz auf der Wunschliste ans Christkind gestrichen.

Den Klimawandel meistern wir mit innovativen Ingenieuren, welche mit moderner Technologie die Ökologie mit der Ökonomie verbinden. Dazu braucht es keine Subventionen oder Zwänge, sondern attraktive Bedingungen für Unternehmen und Investoren. Denn längst ist Nachhaltigkeit in der Wirtschaft angekommen. Kein Unternehmen kann es sich leisten, den Klimawandel auszublenden, ohne Marktnachteile in Kauf nehmen zu müssen. Durch mehr Geld in kantonalen Direktionen oder zusätzliches Personal in der Verwaltung retten wir hingegen das

Klima nicht, schädigen aber den Finanzhaushalt des Kantons zum ungünstigsten Zeitpunkt. Die SVP lehnt aus diesem Grund die Minderheitsanträge in den Leistungsgruppen der KEVU ab.

Walter Honegger (SVP, Wald): Ich starte mit dem Generalsekretariat, Leistungsgruppe 8000. Dort ist es nach wie vor unbefriedigend, dass der Wirkungsindikator von 80 Prozent bezüglich der Einhaltung der Fristen für Baugesuche bei weitem nicht erreicht wird. Hier wurden uns Verbesserungen versprochen und wir glauben daran. Interessiert verfolgen wir die Entwicklungsschwerpunkte im Hochbauamt im Bereich der Nachhaltigkeit, wo unter anderem die Verwendung von Holz als Ziel verfolgt werden soll. Hier haben wir in der KPB die Kehrtwende noch nicht erkannt.

In der Leistungsgruppe 8300, dem ARE (*Amt für Raumentwicklung*), sind im Budget doch einige Punkte genauer zu betrachten. Da wäre einmal die sehr hohe Anzahl der Baugesuche ausserhalb von Bauzonen und der Ortsbildschutz. Da stellt sich schon die Frage, ob es sich die Gemeinden nicht zu einfach machen, um nicht selber entscheiden zu müssen, oder ob das geltende Regelwerk angepasst werden müsste. Ich kann mir vorstellen, dass sich so mancher Bauherr wünschen würde, dass sein Gesuch vielleicht ohne Schlaufe über Zürich behandelt werden könnte.

Ein weiterer Punkt, den wir dieses Jahr aber noch durchgehen lassen, sind die archäologischen Interventionen. Diese wurden um 25 Prozent gegenüber dem Planjahr 2020 angehoben. Auch wenn die Verwaltung aussagt, dass diese zu einem grossen Teil fremdbestimmt sind, gibt es sicherlich Möglichkeiten, auch hier ein Zeichen zu setzen. Beim IMA (*Immobilienamt*) ist eine Stellenerhöhung um knapp 6 Prozent geplant. Die bewirtschaftete Gebäudefläche steigt gegenüber dem Rechnungsjahr 2019 in den nächsten Planjahren um 70 Prozent auf fast eine halbe Million Quadratmeter an. Vor diesem Hintergrund ist es absolut zentral, dass die betreuten Liegenschaften im Finanzvermögen eine entsprechende Rendite abwerfen. So ist es unverständlich, dass der Indikator der Nettorendite auf einem so tiefen Wert eingestellt ist, nachdem doch gerade auch die letzten Jahre gezeigt haben, dass höhere Werte erreicht werden können. Die beiden KEF-Erklärungen 46 und 47 von Hans Egli zielen genau auf diesen Missstand hin. Es ist wichtig, dass das IMA die notwendigen Anstrengungen unternimmt, wobei dies vor allem mit einer optimalen Planung von Leerständen der Liegenschaften zusammenhängt und nicht nur mit marktgerechten Mieten. Dazu kommt, dass die

durchschnittlichen kantonalen Liegenschaften einen sehr guten baulichen Zustand aufweisen. Stimmt das? Dieser bauliche Zustand soll neu gemäss der KEF-Erklärung 48 von Andrew Katumba erfasst werden. Das macht Sinn und wir werden es dementsprechend auch unterstützen. Zu diskutieren in der KPB wie sicherlich auch bei euch in den Fraktionen gab immer wieder die Höhe der Baukosten der kantonalen Hochbauprojekte und dass es jeweils schwierig ist, irgendeine Änderung oder Anpassung einzubringen, ohne den ganzen Projektverlauf und damit auch die Projektkosten zu gefährden. Es ist uns bewusst, dass wir als Legislative nur grössere Veränderungen einbringen können, wenn wir die Baustandards des Kantons Zürich anpassen würden. Mal sehen, ob das notwendig wird.

Die eingereichte KEF-Erklärung 31 im Natur- und Heimatschutzfonds zielt auf eine optimierte Verwendung der zusätzlich bewilligten Millionen hin. Es ist wichtig, dass ein möglichst hoher Output erreicht werden kann. Die entsprechende Fachstelle muss durch das zusätzliche Personal nun aber auch in der Lage sein, intern Optimierungen herbeizuführen, da zum Beispiel Stellvertretungsregelungen, interner Wissenstransfer et cetera optimal genutzt werden können.

Zudem haben wir zwei weitere KEF-Erklärungen eingereicht. Diese sollen auf die Landwirtschaft Rücksicht nehmen. Aus unserer Sicht ist es wichtig, ja sogar zwingend, dass die für den Naturschutz wichtigsten Player in die zusätzlichen Projekte miteinbezogen werden. Nur gemeinsam geht es. Natürlich wird es immer wieder schwierige Situationen geben, wenn zum Beispiel ein – «Ich weiss alles selber» – knorriger Bauer auf einen etwas gar hochnäsigen Naturschutzbeauftragten trifft. Lassen wir diese Treffen am Stammtisch ausklingen, aber eine partnerschaftliche Zusammenarbeit soll die Zukunft des Zürcher Naturschutzes prägen.

Dann noch zum Denkmalpflegefonds: Jährlich wiederkehrende Millionen Franken fliessen dorthin, aus welchen dann vor allem Private mit Subventionen unterstützt werden. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass Denkmäler im Mass geschützt werden können. Allerdings müssen wir hier in Zukunft vielleicht auch einmal neue Massstäbe setzen.

Zum Schluss möchten wir uns beim Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*) und seinen Verwaltungsmitarbeitenden ganz herzlich für die sehr gute Zusammenarbeit und die Fragenbeantwortung, welche immer einwandfrei ausfiel, bedanken. Herzlichen Dank.

Felix Hoesch (SP, Zürich): Konnichiwa (*japanische Begrüssung*). Bei der Baudirektion konzentriere ich mich auf die Klimakrise, denn kaum

eine Direktion im Zürcher Regierungsrat wurde weniger von der anderen aktuellen Krise (*Corona-Pandemie*) betroffen. Ich bin nach dem ersten vollen Kalenderjahr im Amt weiterhin sehr zufrieden mit der Arbeit von Martin Neukom und damit, dass wir ihn bei den Wahlen 2019 mit Überzeugung unterstützt haben. Er macht gute Arbeit und hat die Fahrtrichtung der Baudirektion erfolgreich verändert und ihr einen klaren grünen Grundkurs gegeben. Wir von der SP haben diese neue Ausrichtung immer aktiv unterstützt und danken den Mitarbeitenden für ihre tolle Arbeit.

Das Tiefbauamt (*TBA*) habe ich schon im Votum zur Volkswirtschaftsdirektion gestreift. Durch die Änderungen rund um die Transition zum Amt für Mobilität gehen gewisse Aufgaben 2021 an das TBA über. Wir sehen hier einen Effizienzgewinn und kürzere Planungswege. Mit den KEF-Erklärungen in dieser Leistungsgruppe geben wir die relevanten politischen Forderungen mit auf den Weg. Bitte beachten Sie unsere drei Forderungen, die wir alle unterstützen. Alle Planungen in unserem Strassen- und Lebensraum müssen von den Menschen ausgehen und nicht mehr primär von der Windschutzscheibe aus. Damit werden sie siedlungsorientiert und das Velo bekommt hoffentlich endlich den Platz, den es vor über hundert Jahren schon mal hatte und in diesen 20er-Jahren wiederbekommen wird.

Der Klimakrise wird im AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*) die Antwort aus dem Kanton Zürich gegeben. Das ist viel Arbeit, und wir von der Klimaallianz fordern schnelle Resultate. Die rasante Klimaveränderung erlaubt uns da keine weitere Verzögerung. Darum sprechen wir hier gerne die drei neuen Stellen und freuen uns dann auf einen ausführlichen Bericht mit einer klaren Handlungsstrategie im Rahmen des Masterplans Dekarbonisierung. Zusammen mit dem AWEL haben wir in der KEVU in den letzten Monaten intensiv das Energiegesetz beraten. Da brauchen wir nun den neuen Wirkungsindikator, um zu sehen, wie sich die Erneuerung der Heizungen im Kanton Zürich entwickelt.

Zu den Liegenschaften: Da haben wir letzte Woche über die LSI (*langfristige strategische Immobilienplanung*) gesprochen. Da brauchen wir hier und heute keine weitere Debatte, lehnen kurz und knapp die KEF-Erklärungen 46 und 47 ab und unterstützen natürlich den Antrag 48 aus unseren Reihen von Andrew Katumba.

Zum Amt für Landschaft und Natur haben wir gestern (*bei der Beratung der Vorlage 5582b*) die relevanten Weichen gestellt: Der Gegenvorschlag zur Naturinitiative wurde angenommen. Nun kommt gleich der nächste Schritt. Denn um diese Initiative umzusetzen, braucht es drei

zusätzliche Stellen. Diese Arbeit soll schnell begonnen werden, damit es mit dem Schutz von Natur und Biodiversität im Kanton Zürich vorwärtsgeht. So unterstützen wir den Budgetantrag 35a und die KEF-Erklärung 50. Die gegenteiligen Anträge lehnen wir dementsprechend ab.

Abschliessend gehe ich noch kurz auf den Natur- und Heimatschutzfonds ein: Diese drei kontraproduktiven KEF-Erklärungen werden wir nicht unterstützen. Wir wollen, dass die Gelder aus dem Fonds wirklich der Natur und der Nachhaltigkeit zugutekommen.

Damit habe ich nun genug von unserer epischen Budgetdebatte und wünsche uns allen noch heute einen erfolgreichen Abschluss. Herzlichen Dank.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Im Jahre 2020 ein Budget für das Planjahr 2021 und die nachfolgenden Jahre vorlegen zu müssen, das ist wahrlich kein Zuckerschlecken. Denn über Wünsche und Bestellungen dürfte sich unsere Regierung, dürfte sich auch Regierungsrat Martin Neukom in der Baudirektion wahrlich nicht beklagen. Die Diskussionen in diesem Rat haben es bereits gezeigt, und wir werden auch heute wieder über Wünsche und Bestellungen reden.

Zur Erfolgsrechnung der Baudirektion: Wir von der FDP sehen, dass die Maxime, das Budget auf dem Stand von 2020 einzufrieren, eingehalten wurde, das gefällt uns. Die erzielten Verbesserungen in der Erfolgsrechnung sind hauptsächlich auf die Leistungsgruppe 8750, Liegenschaften im Verwaltungsvermögen, zurückzuführen. Effekte, wie die Reduktion des internen Zinssatzes, aber auch geringerer baulicher Unterhalt, zeigen eine gewisse Wirkung, wobei hier angemerkt werden muss: Die Reduktion des internen Zinssatzes an sich ist natürlich noch keine strukturelle Massnahme. Mein Votum möchte ich auf drei Stichworte konzentrieren. Es geht um Stellenaufbau, es geht um Wirksamkeit und Controlling und es geht auch noch um KEF-Zwängerei.

Die FDP hat zu den diversen Anträgen, die den Stellenetat der Baudirektion betreffen, eine klare Haltung. Aus unserer Sicht ist es gerade in dieser Zeit nicht angezeigt, auf Vorrat weitere Stellen in der nun wirklich nicht kleinen Baudirektion zu schaffen, zumal die Personalentwicklung in der Baudirektion in den letzten Jahren nur in eine Richtung gezeigt hat, nämlich gegen oben, und sich dies auch für das Planjahr 2021 munter fortsetzt, wobei die Erhöhung im Immobilienamt besonders markant ist. Ob sich die gemäss Planung für die nachfolgenden Jahre versprochene Konsolidierung wirklich halten lässt? Die FDP wird die Baudirektion dezidiert daran erinnern, dass eine Konsolidierung

trotz anstehender wichtiger Themen dringend notwendig ist. Und es wird auch notwendig sein, ein kritisches Auge auf die neu übernommenen Aufgaben aus der Volkswirtschaftsdirektion für die Planung von Strassenbauprojekten zu werfen. Wir erwarten, dass die immer wieder betonte Saldoneutralität, was den Stellenetat angeht, auch weiterhin bestehen bleibt. Gerne möchte ich auf gewisse Anträge noch näher eingehen:

Es geht natürlich um die Anträge, die eine Erhöhung der Stellen fordern und die aus unserer Sicht eigentlich aus der Zeit fallen. Wir werden keinen dieser Anträge erhören. Da kann man beispielsweise von der SP mit der KEF Erklärung 39 noch so feurig nochmals mehr Stellen für den Sanierungsbedarf bei den Kantonsschulen argumentieren – notabene, nachdem die Baudirektion erst kürzlich im Hochbaumamt Stellen aufgestockt hatte –, Neubau- und Sanierungsprojekte werden dadurch nicht einfach schneller vorangetrieben. Die Immobilienprojekte des milliardenschweren Paketes, das die Baudirektion und die Regierung uns vorlegen und hinter dem wir stehen, betreffen zu einem schönen Teil die Bildungsdirektion und die Universität Zürich. Liebe SP, es braucht wirklich nicht noch mehr Stellen. Wir empfehlen im Gegenteil, auch mal über Optimierungen gerade bei Projekten der Bildungsdirektion nachzudenken. Nicht alles, was einen Bau teurer macht, kommt den Nutzern zugute. Und von anderer Seite, den Grünen, wird verlangt, den Stellenetat beim AWEL um drei Stellen anzuheben, um quasi die Fachstelle Klima zu schaffen. Es geht um den Budgetantrag Nummer 34a, einen Minderheitsantrag. Auch dieser Verschlechterung wird die FDP nicht zustimmen. Eine Stellenerhöhung – das habe ich bereits gesagt – kommt für uns in dieser Zeit nicht infrage. Und wir sind im Gegenteil davon überzeugt, dass der Regierungsrat seine Dekarbonisierungspläne auch ohne Stellenerhöhung umsetzen wird.

Das AWEL hat in den letzten Jahren durchaus thematische Akzente, beispielsweise bei der Kreislaufwirtschaft, gesetzt. Neu muss mit dem gebündelten Fokus auf den Klimawandel auch eine gewisse Rekalibrierung beim internen Arbeitsanfall stattfinden. Wir meinen, die Stellenprozentage, die in den letzten Jahren stark gestiegen sind, müssen ausreichen. Und wir erwarten im Gegenteil eine Effizienzsteigerung, die den neuen Fokus abzubilden vermag.

Zu einem Mehraufwand, der im Planjahr 2021 2,5 Millionen Franken beträgt und der sich über die kommenden Jahre fortsetzt, ja gesteigert wird, führt der Gegenvorschlag des Regierungsrates zur Naturinitiative. Diese Erhöhung ist in den Augen der FDP notwendig. Die beiden neuen Stellen werden wir denn auch unterstützen, sie sind folgerichtig. Aber

den Antrag auf eine weitere Erhöhung, für eine weitere Stelle werden wir nicht unterstützen und auch den Antrag auf eine Streichung nicht, das sind die KEF-Erklärungen 49 und 50. Aus unserer Sicht handelt es sich dabei um eine Momentaufnahme. Wir vertrauen der Zürcher Regierung, dass sie, erstens, die Umsetzung des Gegenvorschlags mit einer Projektplanung hinterlegt, welche auch die nötigen Stellen abbildet, und, zweitens, dass sie der zuständigen Kommission, der KPB, jährlich genügend Informationen zukommen lässt. Eine Streichung der Stellen erscheint uns nicht angezeigt, weil gemäss unseren Informationen im ALN (*Amt für Landschaft und Natur*) genügend Projekte in den Schubladen liegen, die es erlauben, sofort geeignete Projekte und Massnahmen hochzufahren. Und es erschiene uns auch nicht ehrlich, wenn wir hier und jetzt Stellen streichen würden, die die Regierung beantragt, nachdem wir gemeinsam über den Zustand der Zürcher Natur lamentiert haben.

Zum zweiten Thema, Wirksamkeit und Controlling: Wirksamkeit ist eines der Schlüsselwörter, die hinter den von uns eingebrachten oder mitgetragenen KEF-Erklärungen Nummern 51, 52 und 53 stehen. Es geht dabei vor allem um die Prüfbarkeit, ein Controlling der beabsichtigten Wirkungen zugunsten der Zürcher Natur. Wir wollen, dass ein möglichst grosser Teil jedes Franken, den wir neu für die Zürcher Natur ausgeben, auch direkt dieser zugutekommt. Effizienz und Wirksamkeit, aber auch Transparenz sollen gesteigert werden. Mein Kollege Stephan Weber wird dazu noch konkreter etwas sagen.

Und nun noch zu den KEF-Erklärungen 15 und 42: Wir nehmen mit Befriedigung zur Kenntnis, dass der Budget-Antrag der GLP, die Erhöhung für die Velowege, zurückgezogen wurde. Aber auch die KEF-Erklärungen 15 und 42 sind aus unserer Sicht nicht mehr notwendig. Es ist eine Zwängerei. Wir sehen gar keinen Bedarf für diese Erklärungen. Was brauchen wir denn noch? Der kantonale Veloplan steht, er ist ein zentrales Element des kantonalen Veloförderprogramms. Und in den kommenden Jahren – das hat Regierungsrätin Carmen Walker Späh gezeigt – werden weitere Lücken im Velonetz geschlossen und die Gefahrenstellen beseitigt. Der Regierungsrat ist ernsthaft mit der Frage der Velowege und dieser Thematik der Mobilität beschäftigt. Er beantragt ja mit dem neuen Rahmenkredit – das Programm läuft aus – jährlich 20 Millionen Franken für den Ausbau der Veloinfrastruktur. Es werden also rechtzeitig genügend Mittel eingestellt, um die Lücken im Velonetz zu schliessen und die Schwachstellen zu beheben. Aus diesem Grunde werden wir die KEF-Erklärungen nicht überweisen, sie sind aus unserer Sicht überholt.

Zu guter Letzt möchte ich gern im Namen der ganzen FDP-Fraktion der Baudirektion den Dank für die vielfältigen Leistungen aussprechen. Unser Dank gilt nicht nur dem Vorsteher der Direktion, Herrn Regierungsrat Martin Neukom, sondern allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir wissen ihren Einsatz und ihr Engagement zu schätzen. Besten Dank.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Ich spreche an der Budgetdebatte schon seit einigen Jahren zu Themen der Baudirektion und eigentlich bin ich es gewohnt, irgendwann am Dienstagabend, teilweise auch schon nach Redaktionsschluss der Zeitungen, dazu zu sprechen. Der Zeitpunkt ist heute anders. Was nicht anders ist, ist, dass die Aufmerksamkeit auch jetzt gering ist, wenn ich die gelichteten Reihen im Kantonsratssaal anschau. Also gewisse Traditionen werden doch zumindest beibehalten.

Eine andere Tradition, die beibehalten wird, ist, dass in der Baudirektion die Aufwandsteigerungen in der Regel in überschaubarem Rahmen sind, darüber sind wir aus finanzpolitischer Sicht froh. Wo es dennoch welche gibt, sind diese in der Regel gut begründet. Was sich in der Baudirektion aber immer wieder ändert und verändert, sind die Aufgaben. Viele GLP-Kernthemen befinden sich auch in der Baudirektion, das ist für uns also eine wichtige Direktion.

Ein grosses Thema ist der Biodiversitätsverlust. Mit dem Verlust der Biodiversität drohen Ökosystemleistungen qualitativ abzunehmen, und das sind Leistungen, auf die wir als Gesellschaft nicht verzichten können. In dem Sinne sind wir sehr froh, dass wir mit dem Gegenvorschlag der Naturinitiative hier eine Gegenbewegung auslösen konnten und jetzt endlich Massnahmen ergriffen werden können. Hier fordern wir also, dass das Naturschutzgesamtkonzept angepasst, überarbeitet und umgesetzt wird und darin auch die ökologische Infrastruktur Platz finden wird, damit wir die Biodiversität erhalten können. In diesem Sinne werden wir natürlich auch sämtliche Budget- und KEF-Anträge, die auf die Umsetzung dieses Gegenvorschlags abzielen, unterstützen. Kürzungsanträge werden wir ablehnen, ebenso unsinnige KEF-Erklärungen, die das Ganze wieder zu torpedieren versuchen.

Ein weiteres wichtiges Thema in der Baudirektion ist der Klimawandel, wir haben es heute hier drin bereits gehört. Wenn wir das Budget anschauen, dann sind nicht diese drei Stellen das Entscheidende. Das Entscheidende ist, dass die Kosten des Nichthandelns beim Klimawandel viel, viel höher sein werden. Wir brauchen hier Handlungen. Es ist ei-

gentlich auch nicht nur ein Thema der Baudirektion, es ist auch ein Gesundheitsthema. Übersterblichkeit gibt es nicht nur wegen Corona, Übersterblichkeit gibt es auch bei Hitzewellen. Es ist definitiv auch ein Wirtschaftsthema, denn in Hitzewellen nimmt die Produktivität der Arbeitnehmer ab. Es ist also nicht nur ein Baudirektionsthema, sondern eigentlich ein Thema des ganzen Regierungsrates und der ganzen Verwaltung. Dass aber der Lead bei der Baudirektion liegt, ist irgendwie natürlich. Hier braucht es Massnahmen zum Schutz des Klimas, also die Reduktion der Treibhausgase. Da werden wir dann gleich zu Beginn des nächsten Jahres mit dem Energiegesetz wiederum eine Möglichkeit haben, hier einen Nagel einzuschlagen. Es braucht aber auch Anpassungsmassnahmen. Die Veränderungen des Klimas spüren wir bereits heute. Die Landwirte spüren es mit den trockenen Jahren, die Waldbesitzer spüren es ebenfalls mit der Trockenheit und den absterbenden Buchen und Fichten. Die Allergiker spüren es mit den früher auftretenden Pollenallergien. So haben wir ganz viele Themen, und da braucht es Anpassungsmassnahmen. Es braucht Anpassungsmassnahmen innerhalb des Siedlungsgebietes, ausserhalb des Siedlungsgebietes, und leider auch geht dies nicht ohne zusätzliche Stellen. Daher werden wir diese Stellen bewilligen.

Was wir dieses Jahr auch vermehrt beobachten oder erleben durften, ist der Wert der Landschaft als Naherholungsgebiet. Diejenigen, die das Glück hatten, im Home-Office arbeiten zu können, deren Bewegungsspielraum aber eingeschränkt wurde, waren plötzlich darauf angewiesen, in ihrer näheren Umgebung Erholung zu suchen. Der Kurztrip irgendwohin war nicht mehr möglich. Und wir leben im Kanton Zürich und haben trotz 1,5 Millionen Einwohnern noch das Glück, dass wir diese Landschaften haben. Die Baudirektion ist nun daran, das Landschaftsschutzinventar zu überarbeiten. Und hier haben wir grosse Erwartungen auch an die Baudirektion. Wir brauchen hier endlich eine Unterscheidung bei der Baubewilligungspraxis innerhalb oder ausserhalb der Landschaftsschutzgebiete. Es kann nicht sein, dass alles überall möglich ist. Fahren wir weiter so, verlieren wir diese Naturwerte, verlieren wir diese Landschaftsqualitäten und verlieren wir die Lebensqualität und die Naherholungsgebiete. Wenn ich aber bei den Baubewilligungen bin, muss man nicht nur diese Unterscheidung schaffen, sondern hier gibt es, glaube ich, durchaus noch ein Potenzial, um noch effizienter und besser zu werden. Hier wünschen wir uns von der Baudirektion, dass die Verfahren gestrafft werden, dass die Leitstelle für die Baubewilligungen wieder mehr Verantwortung übernimmt. Es

kann beispielsweise innerhalb der Bauzone nicht sein, dass jedes Baugesuch, nur weil es entlang einer Staatsstrasse ist, dem Amt für Mobilität – heute noch Amt für Verkehr, zukünftig vielleicht Tiefbauamt oder Amt für Mobilität, wir wissen es nicht – für eine Stellungnahme übergeben wird, um dann nur festzustellen: Ja, es berührt keine Baulinie und es hat auch keine Einmündung auf eine Staatsstrasse. Diesen Schritt kann man sich sparen. Die Fachstellen sollen dann zum Tragen kommen, wenn sie notwendig sind. Und das Gleiche gilt auch bei den komplexen Baubewilligungen ausserhalb der Bauzone. Man soll fragen, wo es notwendig ist, und man soll nicht die Prozesse anhalten, sobald irgendein Amt sagt: Halt, da muss ich noch weitere Informationen haben. Denn in allen Ämtern führt das zu einem Hüft und Hott, zu einem Stopp. Am Schluss geht viel Zeit verloren, bis die Baubewilligung erlangt wird, das ist nicht nötig. Hier kann man straffer werden und das ist, finden wir, sicher auch günstiger.

Dass die Baudirektion aber nicht nur für die GLP eine wichtige Direktion ist, sieht man auf der Vorstossliste. Es ist kein Wunder, dass alle Fraktionen in dieser Direktion viele Vorstösse einreichen. Der Baudirektor könnte jeden Montag hier sein und die Liste würde trotzdem nur geringfügig kürzer werden. Unter diesen Vorstössen aus dem Kantonsrat – das dürften wir uns alle, glaube ich, einmal eingestehen – ist nicht alles Gold, was glänzt. Aber es hat darin auch Vorstösse gehabt, die die Baudirektion oder die Verwaltung ziemlich stark durchgeschüttelt haben, beispielsweise der Vorstoss zum Immobilienmanagement. Hier ist der Kanton auf einem guten Weg. Aber was wir hier noch brauchen, ist viel stärker eine nachhaltige Strategie im Immobilienmanagement, die sich an den Lebenszykluskosten orientiert und weniger nur an finanzpolitischen Vorgaben. Wir brauchen langfristig etwas Tragbares und nicht nur für die nächsten drei Jahre. Man sollte sich aber auch hier überlegen: Gibt es Möglichkeiten, Einsparungen zu treffen? Die Baudirektion und die anderen Direktionen durften dieses Jahr Erfahrungen im Home-Office machen, und man könnte sich ja beispielsweise fragen: Braucht es tatsächlich für jeden Arbeitnehmer des Kantons einen Arbeitsplatz im Zentrum? Oder gäbe es hier Möglichkeiten zur Straffung? Das würde vermutlich viel, viel mehr Geld sparen, als mit irgendwelchen unsinnigen Anträgen zu einer Abschwächung der Investitionskosten, aber Erhöhung der Betriebskosten, deshalb bitten wir den Baudirektor, dies hier einmal kritisch zu durchleuchten. Herzlichen Dank.

Thomas Honegger (Grüne, Greifensee): Extreme Wetterereignisse, Verlust der Biodiversität und Klimaschutzversagen, das sind die drei

grössten globalen Risiken für die Menschheit, hält der Global Risk Report 2020 des World Economic Forums fest. Weit abgeschlagen folgen die Finanzkrise, die Inflation, die Deflation, leere Handy-Akkus und Eiskristalle an den Fensterscheiben. Extreme Wetterereignisse, Verlust an Biodiversität, Klimakatastrophe – brechen wir diese drei globalen Bedrohungen hinunter auf unseren Kanton, landen wir just in der Baudirektion.

Die Dossiers tragen folgende Namen: Mit dem Gegenvorschlag der Naturinitiative ist es dem Regierungsrat Martin Neukom gelungen, eine Vorlage auszuarbeiten, die der Regierungsrat, der Ratsmehrheit und den Initianten Rechnung trägt. Der Kanton wird in Bälde seinen Einsatz für den Naturschutz verdoppeln, was angesichts des Biodiversitätsverlustes dringend nötig ist. Damit das Geld wirklich bei der Natur ankommt, damit wir eine seriöse Wirkungskontrolle und Berichterstattung erhalten, damit die Grundeigentümer und -bewirtschafter in die Planung der Massnahmen miteinbezogen werden können, braucht es die nötigen Stellen bei der Fachstelle Naturschutz, und zwar bereits im kommenden Jahr, da die Projekte eine entsprechende Vorlaufzeit haben.

Das «Förderprogramm Energie» ist seit dem 1. Juli 2020 in Kraft und setzt ein wichtiges Zeichen im Kanton Zürich. In Kombination mit der regierungsrätlichen Vorlage zur MuKE (*Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich*) wird es dem Kanton gelingen, rasch weg von den fossilen Heizungen zu kommen, einen beträchtlichen Anteil an Fotovoltaik zuzubauen und die Wärmedämmung der Gebäudehüllen zu verbessern. Der erste Klimadialog, welchen die Baudirektion, die Justizdirektion und der GPV (*Gemeindepräsidienverband*) gemeinsam veranstalteten, zählte über 240 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Kurzfazit der Workshops: Der Wunsch nach Wissen und Erfahrungsaustausch ist auf beiden Seiten gross, bei den Gemeinden wie auch beim Kanton. Und auf beiden Seiten stehen wir noch ziemlich am Anfang einer Transformation der Wirtschaft hin zu Netto-Null.

Auch beim Wetter respektive bei den extremen Wetterereignissen hat die Baudirektion einiges zu bieten. Das von der Stimmbevölkerung abgelehnte Wassergesetz wurde überarbeitet und kommt erneut in die Kommission. Dabei wurden diverse Kritikpunkte aufgenommen. So soll beispielsweise die Trinkwasserversorgung zu 100 Prozent in öffentlicher Hand bleiben. Und auch der Entlastungstollen Thalwil, der das Hochwasser der Sihl direkt in den Zürichsee leiten soll, ist eine Antwort der Baudirektion auf die extremen Hochwasserereignisse. Solche und ähnliche Aktivitäten der Baudirektion unterstützen wir Grünen.

Wir werden daher die beiden Anträge für zusätzliche Stellen bei der Baudirektion unterstützen.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Auch von unserer Seite danken wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, welche in den Abteilungen in der Baudirektion tätig sind. Soweit ich als KPB-Mitglied Einblick in die Arbeit erhalte, sind die Mitarbeiter sehr motiviert und leisten bei ihrer Arbeit Überdurchschnittliches. Die meisten Mitarbeiter haben auch verstanden, dass durch die Klimaerwärmung und den Biodiversitätsverlust zwei riesige Herausforderungen auf uns zukommen, welche schnell angepackt werden müssen, damit der volkswirtschaftliche Schaden nicht unüberwindbar wird.

In der Baudirektion ist das Thema «Klimaveränderung» schon zentral angekommen und inzwischen – wenn auch spät – auch bei der SVP. Dies zeigt unter anderen auch der ZUP-Bericht (*Zürcher Umweltpraxis*) vom Juli 2020. Schon 2018 hat der Regierungsrat einen Masterplan zum Klima erarbeitet. Da das Problem aber sehr dringlich ist, hat der Regierungsrat ergänzende Massnahmen im April 2020 beschlossen. Im ersten Quartal 2021 wird uns der Regierungsrat eine Klimastrategie unterbreiten.

Der Regierungsrat strebt das Netto-Null-Ziel bis 2050 an. Bis dahin soll der Kanton vollständig dekarbonisiert sein. Das ist eine deutliche Verbesserung zum bisherigen Ziel, aber aus Sicht der Grünen Fraktion nach wie vor deutlich zu langsam, da die westlichen Länder, welche in den vergangenen Jahrzehnten die Welt überdurchschnittlich mit Treibhausgasen belastet haben, global nun auch eine Vorreiterrolle einnehmen müssen, um mit den Absenkungen voranzugehen. Denn wenn wir Vorreiter sind, profitieren unsere innovativen Unternehmen, indem ihre Technologien bei uns angewendet werden. Wenn sie erfolgreich sind, können sie zu Exportschlägern avancieren. Die Grüne Fraktion erwartet vom Regierungsrat weitere Anstrengungen zum Klimaschutz, und zwar nicht nur in der Baudirektion.

Für die Reduktion der Treibhausgase ist die Mobilität im Kanton der zweitwichtigste Faktor. Auf den Verkehr selbst werde ich nicht eingehen, aber auf die Raumplanung, welche enorm zur Vermeidung von Verkehr beitragen kann. Wohn-, Arbeits- und Freizeitort müssen möglichst nahe beieinanderliegen. Das Bevölkerungswachstum muss dort aufgefangen werden, wo der Verkehr möglichst klima- und siedlungsverträglich gestaltet werden kann. Das heisst, die Prioritätenliste muss in Zukunft sein: Fussgänger vor Velo vor ÖV vor motorisiertem Individualverkehr (*MIV*). Die raumplanerischen Massnahmen müssen zur

Senkung der Treibhausgase führen. Diese müssen auch in den überkommunalen Richtplänen und in den planungs- und baurechtlichen Vorgaben verankert werden. Dafür braucht es aber einen veränderten «Mindset» im Regierungsrat und weit und tief in die Verwaltung hinein.

Zu den einzelnen Leistungsgruppen, zum Generalsekretariat und dem Amt für Raumentwicklung: Die Bearbeitung von Baugesuchen und kommunalen Richtplanungen kann aufgrund von Personalmangel nicht rechtzeitig erledigt werden. Die Zahl der kantonalen Bewilligungen ist innerhalb von zehn Jahren von 2900 auf 4400 gestiegen und die Komplexität hat zugenommen. Wir sind überrascht, dass dafür keine Stellen beantragt werden. Sie müssen sich einfach bewusst sein, dass sich dadurch und durch die Aufhebung des Einzonungsverbot durch den Bund der Rückstau weiter erhöhen wird. Da es sich hier aber definitiv nicht um ein Kernanliegen von uns handelt, müssten von der bürgerlichen Seite Stellen beantragt werden. Wenn es Ihnen aber aus ideologischen Gründen schwerfällt, dem grünen Baudirektor Stellen zuzusprechen, müssen auch Sie dann den Kopf hinhalten, wenn Ihre Kollegen aus den Gemeinden jammern werden, wenn die Richtplanungen nicht zeitgerecht auf die Gemeindeversammlungen bereit sind.

Die KEF-Anträge 46 und 47 von Hans Egli lehnen wir ab. Den KEF-Antrag 48 von Andrew Katumba nehmen wir an, da es sich hierbei um einen wichtigen Indikator handelt, welcher aus dem LSI (*Langfristige strategische Immobilienplanung*) hervorgeht und zur Steuerung der Investitionen in den Unterhalt zentral wird.

Alle Budget- und KEF-Anträge betreffend Natur- und Heimatschutzfonds lehnen wir ab.

Zum KEF-Antrag 53: Es ist nicht sinnvoll, eine Quote für den Mittelzufluss festzulegen. Mit dem Antrag müssen in Zukunft bis 2024 fast 60 Prozent der Mittel für den Naturschutz der Landwirtschaft zufließen. Die Landwirtschaft ist eine wichtige Partnerin für die Ermöglichung des Naturschutzes, aber je nach Jahr und Projektstand kann es sein, dass Bauunternehmen oder andere regionale KMU stärker an den Mitteln partizipieren werden, weshalb wir den Antrag ablehnen.

Josef Widler (CVP, Zürich): Nein, ich werde nicht über Eisblumen, Fussgänger, Velofahrer, Baubewilligungen sprechen, denn wenn ich richtig geschaut habe, steht auf der Traktandenliste nicht «Rückblick» oder «Besprechung des Geschäftsberichts», sondern es steht «Budgetdebatte». Denn was Sie hier alles erzählen, interessiert ziemlich wenig, wenn ich jeweils in die Ränge schaue. Und wenn Sie sich bemühen

würden, nicht Ihre Regierungsprogramme bekannt zu geben, wären wir heute um 18 Uhr fertig.

Das von der Baudirektion vorgelegte Budget ermöglicht eine vernünftige Erfüllung der staatlichen Aufgaben, und das Investitionsprogramm ist ebenfalls realistisch. Deshalb wird die CVP dieses Budget unterstützen. Wir werden im Laufe der Debatte zu einigen KEF-Erklärungen eine kurze Erklärung abgeben. Ich bitte Sie, tun Sie dies gleich. Ich danke Ihnen.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): An der Anzahl der Anträge bei der Baudirektion lässt sich schon sagen, dass diese Direktion auch neben ihren aus dem Eigennamen hervorgehenden Aufgabe eine vielseitige Direktion ist, der auch bei der Umsetzung unserer Klimaziele und beim Umweltschutz eine zentrale Rolle zukommt. Generell ist die AL der Ansicht, dass der Baudirektor Martin Neukom seiner Aufgabe hier gut nachkommt, jedoch braucht es sicher auch einige Zeit, bis gewisse Änderungen ihre Wirkung zeigen. Bezüglich der Anträge gilt bei der Baudirektion das Gleiche, was ich bereits bei der Volkswirtschaftsdirektion angetönt habe: Die AL wird auch bei dieser Direktion generell Anträge unterstützen, die Verkehr reduzieren respektive sich positiv auf die Umwelt auswirken. Die Landschaft darf nicht mehr weiter überbaut werden, die Dekarbonisierung und die Energiewende haben Priorität in dieser Direktion. Dies sei auch daher erwähnt, da ich im Folgenden nicht auf alle Anträge eingehen, sondern mich auf einzelne beschränken werde. Dies ist angesichts der Unmenge an Anträgen in dieser Direktion mit einem Eintretensreferat auch schwieriger als bei anderen Direktionen.

Im Einzelnen zu diskutieren gaben bei uns in der Fraktion beispielsweise die strategischen Überlegungen hinter dem KEF-Antrag 38 für einen Indikator für neu geschaffene Fotovoltaik-Kapazität für Anlagen, an deren Erstellung der Kanton mit über 50 Prozent beteiligt ist. Wir werden den Antrag unterstützen. Wir sind der Meinung, dass es die gebündelten Kräfte auf allen Ebenen braucht, damit es in der Energiewende vorwärtsgeht. Dieser KEF-Antrag soll auch die Anlagen, die durch den Kanton und staatsnahe Betriebe, wie die EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*), gebaut werden, berücksichtigen. Dies macht in unseren Augen Sinn, wobei hier der Auftrag der EKZ dann auch entsprechend abgefasst werden muss. Es braucht aber definitiv auch die Förderung von privat finanzierten Solaranlagen, die nicht primär vom Kanton beziehungsweise von den EKZ via Energie-Contracting oder andere Massnahmen finanziert werden. Ebenfalls als wichtig

erachtet es die AL im Generellen, dass auch dem Radwegnetz mehr Beachtung geschenkt wird. 1200 Schwachstellen im Radwegnetz sind zu viel, und leider geht es mit der Umsetzung des Velonetzplans bisher nur schleppend voran respektive ist es hauptsächlich von Opportunitäten abhängig. In diesem Sinn werden wir in der Leistungsgruppe 8400 im Tiefbauamt bestimmt den entsprechenden KEF-Antrag zum Investitionsvolumen zur Vervollständigung des Radwegnetzes unterstützen. Und trotzdem ist auch dies nur ein kleiner Schritt, aber einer in die richtige Richtung.

Ebenfalls positiv sehen wir die Anträge zum siedlungsorientierten Strassenraum sowie zum Strassenbegleitgrün. Auf den siedlungsorientierten Strassenraum ging ich bereits bei meinem Votum zur Volkswirtschaftsdirektion ein, nämlich, dass Kantonsstrassen in Ortszentren gesamtheitlich betrachtet werden müssen und nicht allein dem Durchgangsverkehr dienen, sondern auch anderen Mobilitätsarten und den Anwohnern. Daher müssen diese Strassen entsprechend gestaltet sein. Ebenfalls vorwärtsgemacht werden muss – und dies betrifft nun die Leistungsgruppe des AWEL und den Budgetantrag 34 – bei der Erarbeitung beziehungsweise Umsetzung des Masterplans Dekarbonisierung. Wir werden hier die Schaffung von zusätzlichen Stellen respektive den entsprechenden Minderheitsantrag aus der FIKO (*Finanzkommission*) klar unterstützen.

Kein Verständnis haben wir jedoch für die Anträge von Hans Egli in der Leistungsgruppe 8710. Wenn Renovationen und bauliche Massnahmen anstehen, müssen sie getätigt werden. Diese aufzuschieben kommt am Ende nur teurer. Wir vertrauen hier der Baudirektion, dass sie solche Renovationen zu einem vernünftigen Zeitpunkt ansetzt, und sehen keinen Grund, diese aufzuschieben und die entsprechenden Indikatoren zu ändern.

In der Leistungsgruppe 8800 findet sich dann mit der KEF-Erklärung wiederum ein uns wichtiger und geradezu brandaktueller Antrag bezüglich zusätzlicher Stellen zur Umsetzung des Gegenvorschlags zur Naturinitiative, den wir bekanntlich vor kurzem beschlossen haben. Damit dieser Gegenvorschlag auch genug schnell und in vernünftiger Zeit umgesetzt werden kann, braucht es hier natürlich auch entsprechende Manpower dahinter. Wir werden dementsprechend die dazugehörige KEF-Erklärung unterstützen.

Auf der anderen Hand nicht unterstützen werden wir die Anträge der SVP, die hier offensichtlich nur ein bisschen mehr Geld aus dem Naturschutzfonds in die Taschen der Bauern kippen will. Es sei aber an-

gemerkt, dass den Bauern schon heute beim Naturschutz und beim Unterhalt entsprechender Flächen eine wichtige Funktion zukommt. Der Kanton hätte gar nicht die nötigen Kapazitäten, dies alles selbst zu erledigen. Und selbstverständlich werden die Bauern dazu eingebunden und auch heute bereits dafür entschädigt. Diesen jedoch plumpen Versuch, mehr Geld für die Bauern zu bekommen, werden wir hier ablehnen.

Zum Schluss möchte ich auch hier nochmals dem Baudirektor und seinen Angestellten für die gute Arbeit danken. Vielen Dank.

Regierungsrat Martin Neukom: Vielen Dank, dass Sie mit mir vorliebnehmen anstelle der Frau Regierungspräsidentin (*Silvia Steiner, für die Vormittagsitzung war ursprünglich die Behandlung der Budgets der Bildungsdirektion geplant*), schön, dass Sie auch so flexibel sind. Corona ist noch nicht ausgestanden und Corona prägt ganz klar dieses Budget. Es freut mich aber zu sehen, dass Sie auch der Ansicht sind, dass wir aufgrund von Corona die langfristigen Probleme nicht aus den Augen verlieren dürfen, obwohl das kurzfristige Problem auch sehr, sehr gravierend ist. Die Baudirektion hat sehr viele langfristige Themen. Wenn es ums Bauen geht, ist es immer langfristig. Vom Projektstart bis das Gebäude eingeweiht wird, dauert es viele Jahre. Die Raumplanung ist ein langfristiges Thema, das langfristigeste, das wir haben, ist vermutlich das geologische Tiefenlager. Wir beschäftigen uns mit vielen langfristigen Themen. Auf zwei langfristige Probleme, die beide auch schon angesprochen wurden, möchte ich auch eingehen: Das sind der Klimawandel und die Biodiversität. Es wurde bereits erwähnt, wir wollen im Frühling eine Klimastrategie vorstellen. Der Regierungsrat wird diese im Frühling verabschieden. Darin wollen wir Ziele für die einzelnen Sektoren definieren: Welche Ziele wollen wir erreichen? Welche Strategie haben wir, um diese Ziele zu erreichen? Welche Massnahmen sind da, um diese Strategie umzusetzen? Die vermutlich wichtigste Massnahme ist ganz klar das Energiegesetz (*Vorlage 5614*), welches in der KEVU in Beratung ist und welches hoffentlich Anfang Jahr von Ihnen beschlossen werden wird, die sogenannten MuKE (*Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich*), mit dem Ziel, 120'000 fossile Heizungen zu ersetzen. Das wird sicher den allergrössten Beitrag im Klimaschutz leisten. Die Klimastrategie ist aber viel breiter. Weiter haben wir auch das Förderprogramm, das wir dieses Jahr glücklicherweise starten konnten, aufgrund Ihres Beschlusses im Frühling. Seit dem 1. Juli 2020 ist das neue Förderprogramm in Kraft und wir

können jährlich 45 Millionen Franken ausschütten für die Subventionierung von Wärmepumpen und Gebäudeisolationen. Weiter enthält die Klimastrategie auch Massnahmen im Bereich Standards für neue Gebäude, Standards für Fahrzeuge. Der Kanton selber besitzt rund 1200 Motorfahrzeuge. Also auch hier brauchen wir Standards, denn wir wollen in die Richtung von komplett emissionsfreien Fahrzeugen.

Weiter sind wir daran, einen Plan bezüglich der kantonalen Immobilien zu erarbeiten. Sie haben es schon mehrfach gehört: Wir haben einen sehr grossen Immobilienbestand, den wir bewirtschaften. Wir wollen diese Immobilien mit Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, mit Fotovoltaik-Anlagen, und sie auch energetisch sanieren. Das ist der Beitrag, den wir als Kanton selber leisten können. So viel zum Thema Klima; da wird einiges kommen, ein breites Paket. Es ist aktuell auf Frühling 2021 terminiert.

Kommen wir zum zweiten grossen Problem, das auch global ist, das ist die Biodiversität. Ich bin sehr, sehr erfreut darüber, dass Sie gestern in der zweiten Lesung dem Gegenvorschlag zur Naturinitiative zugestimmt haben. Für uns beginnt die Arbeit jetzt erst. Die Forcierung des Naturschutzgesamtkonzeptes und die Umsetzung dieses Gegenvorschlags werden für uns noch viel Arbeit bereiten, und wir werden die Kommission und auch Sie, falls Sie es wünschen, regelmässig über den Fortschritt informieren. Das ist aber nicht das einzige Naturschutzprojekt, das wir haben. Wir arbeiten auch sehr intensiv an den zahlreichen Revitalisierungen. Häufig werden diese in Kombination mit Hochwasserschutz gemacht, beispielsweise die Revitalisierung der Limmat in Schlieren, der Töss bei Wila, der Eulach in Winterthur, des Altbachs in Kloten oder auch das reine Hochwasserschutzprojekt, welches zurzeit in der KPB beraten wird, der Hochwasser-Entlastungsstollen Thalwil. Weiter sind wir mit der Bekämpfung des Borkenkäfers in den Wäldern beschäftigt. Sie wissen, der Borkenkäfer hat den Wäldern insbesondere im Weinland sehr stark zugesetzt. Auch da hat der Kantonsrat bereits Massnahmen beschlossen, das ist auch eine sehr wichtige Massnahme. Wir bekämpfen auch die Neophyten, die auch für die Biodiversität ein sehr grosses Problem sind. Vielleicht haben Sie von unserem Projekt «Gemeinsam gegen Neophyten» gehört, das wir im Reppischtal gemacht haben. Denn bei Neophyten ist es so: Wenn man am Anfang wirkt, die Neophyten am Anfang bekämpft, wenn es noch wenige sind, dann ist es viel leichter. Das ist ganz ähnlich wie bei einer Pandemie. Wir haben aber nicht nur diese Aufgaben. Wir haben auch alltägliche Aufgaben, die einfach Vollzug bedeuten, beispielsweise zahlen wir die

Direktzahlungen an die Landwirtschaft, das sind 160 Millionen Franken jedes Jahr. Das kostet den Kanton nichts, weil wir diese Direktzahlungen vom Bund nur weiterleiten, ist aber trotzdem mit sehr viel Aufwand verbunden.

Dann wurden die Baugesuche erwähnt. 2019 haben wir sage und schreibe 4400 Baugesuche abgewickelt. Baugesuche werden grundsätzlich bei den Gemeinden eingereicht, das sind ungefähr 20'000 an der Zahl. Gewisse davon müssen aber eine kantonale Bewilligung haben, und es gibt 63 kantonale Tatbestände, die eine kantonale Bewilligung brauchen. Aktuell mit Corona ist nicht mal eine Abnahme in Sicht, hier sind wir also sehr stark gefordert, denn wir können diese Fristen nicht einhalten. Das wurde kritisiert, das ist uns bewusst. Das liegt einfach daran, dass die Anzahl Baugesuche massiv gestiegen ist, und zwar von 2900 auf 4400, und das in zehn Jahren. Und wir haben noch gleich viele Personen. Gleichzeitig sind die Baugesuche komplexer geworden. Also hier haben wir ein grösseres Problem bezüglich der Fristen, diese Fristen einzuhalten. Gleiches gilt für die Nutzungsplanungen. Wir genehmigen Gestaltungspläne und Bau- und Zonenordnungen in den Gemeinden. Auch hier sind wir zu langsam. Wir wären gerne schneller, aber wir haben ein Ressourcenproblem im Amt für Raumentwicklung. Wir haben nicht genügend Ressourcen, das aktuell schneller zu machen. Was wir diesbezüglich machen, Thomas Wirth hat das schon erwähnt, er ist offenbar gut informiert: Wir sind daran, die Prozesse zu vereinfachen und genau zu schauen, was man noch abkürzen kann, um hier Aufwand zu sparen. Weiter prüfen wir auch, die Baubewilligungsgebühren zu erhöhen – die sind nämlich überhaupt nicht kostendeckend –, da mehr einzunehmen und vielleicht dadurch noch zusätzliche Stellen schaffen zu können. Weiter haben wir auch das Projekt «eBaugesuche», von dem Sie sicher gehört haben. Das wird auch für uns ein kleines bisschen Erleichterung bringen. Wir behandeln zwar alle Baugesuche schon digital, aber mit «eBaugesuche» sind die Eingänge auch digital, das heisst, der Aufwand, die Baugesuche zuerst noch zu digitalisieren, entfällt damit.

Kommen wir zu den Immobilien: Die Baudirektion stellt Immobilien zur Verfügung. Wir konnten dieses Jahr das Projekt «WIM» abschliessen. WIM steht für Weiterentwicklung des Immobilienmanagements. Das ist 2013 mit der PI Guyer (*Esther Guyer; KR-Nr. 29/2013*) in diesem Rat gestartet. Wir bewirtschaften 2300 Gebäude und wir konnten letzte Woche schon die LSI, die langfristige strategische Immobilienplanung vorstellen. Wir haben – das sehen Sie in dieser Immobilienplanung – eine enorme Menge an Bauprojekten, die auf uns zukommt.

Wenn man alles zusammenrechnet, ist es ein Bauvolumen von 9 Milliarden Franken, man glaubt es kaum. Da ist das Forum UZH (*Universität Zürich*), da ist das PJZ (*Polizei- und Justizzentrum*) drin, die ganzen Bauten Universität Zürich Irchel, die Kantonsschulen, die Bildungsmeile, der Campus T der ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*) in Winterthur, das Kantonsspital Winterthur, das Rathaus, zum Beispiel auch das Provisorium; eine enorme Menge an unterschiedlichen Projekten, und das wird extrem schwierig, dies alles mit den vorhandenen Mitteln zu realisieren. Weil die Mittel knapp sind, habe ich bereits im Frühling ein Projekt gestartet, um die Baukosten zu reduzieren, damit wir neue Ansätze ausprobieren: Was können wir machen, damit wir die Baukosten der einzelnen Bauten reduzieren? Dazu möchte ich auch die Eigentümerversetzung in den Projekten stärken. Es braucht aus meiner Sicht eine stärkere Eigentümerversetzung in den Bauprojekten, die stärker darauf achtet, was wirklich nötig ist. Gleichzeitig werden wir auch eine Verzichtsplanung machen müssen, und das ist der grosse Vorteil des neuen Immobilienmanagements, weil das jetzt möglich ist, weil alles an einem Ort in der Baudirektion gesteuert wird. Nur, diese Prioritätenplanung und Verzichtsplanung wird eine sehr, sehr grosse Herausforderung.

Stichwort Bauen: Ich komme noch schnell zum Mehrwertausgleichsgesetz. Der Kantonsrat hat das Gesetz beschlossen. Mittlerweile hat der Regierungsrat die zugehörige Verordnung beschlossen und der Bundesrat hat mir mitgeteilt, dass er das Einzonungsverbot für den Kanton Zürich auf den 1. Januar 2021 aufheben wird. Da ist also ebenfalls ein weiterer Schritt erreicht, für uns bedeutet das natürlich auch wieder zusätzlichen Aufwand, um das alles umzusetzen.

Zum Schluss komme ich noch zu den Strassen: Wir unterhalten im Tiefbauamt 1500 Kilometer Staatsstrassen und Nationalstrassen. Und im Tiefbauamt – das ist wahrscheinlich der grösste Erfolg, den wir verwaltungsintern in diesem Jahr haben – haben wir die Zusammenarbeit mit der Volkswirtschaftsdirektion mit dieser neuen Aufgabenteilung neu geregelt. Diese Schnittstelle hat in der Vergangenheit sehr viele Probleme verursacht und wir glauben, dass wir hier eine gute Lösung gefunden haben. Es hat viele Gemeindevertreter im Parlament, und ich kann Ihnen sagen: Es war bisher immer ein Problem, dass die Gemeinden bei diesen Projekten schlecht einbezogen waren, und es ist mir ein grosses Anliegen, die Gemeinden in Zukunft besser einzubeziehen, auch was diese Standards angeht. Bitte verstehen Sie, dass wir aktuell mit der PI Brunner (*Altkantonsrat Robert Brunner; KR-Nr. 321/2013*), die angenommen wurde, etwas weniger Geld zur Verfügung haben. Das heisst,

Sie werden bei diesen Ortsdurchfahrtsprojekten auch über Kostenteiler sprechen müssen. Aber ich hoffe, dass die Projekte mit einem besseren Einbezug der Gemeinden besser werden und zur Zufriedenstellung von allen. Ich bitte jedoch noch um ein bisschen Zeit, denn mit dieser neuen Umstellung wird nicht gerade ab 1. Januar alles perfekt funktionieren. Wir werden auch noch ein bisschen Zeit benötigen, bis sich alles eingespielt hat.

So viel zum Überblick über die Baudirektion. Das ist natürlich nur ein Bruchteil der Tätigkeiten, die wir machen, aber es war mir ein Anliegen, eine kurze Übersicht über die Tätigkeiten zu geben, damit man sich ein Bild machen kann, wie diese 1,3 Milliarden Franken Umsatz zustande kommen. Das war eine kurze Übersicht, summarisch werde ich mich noch kurz den einzelnen Anträgen äussern, falls nötig. Besten Dank.

Ratspräsident Roman Schmid: Somit ist die Grundsatzdebatte zur Baudirektion abgeschlossen. Noch eine Information von mir, die mir vorhin untergegangen ist: Ich gedenke, die Baudirektion heute Morgen fertig zu beraten. Der Baudirektor ist einverstanden. Wir gehen in die Detailberatung der Anträge.

Leistungsgruppe 8000, Generalsekretariat

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Leistungsgruppe 8100, Hochbauamt

Ratspräsident Roman Schmid: Die KEF-Erklärung 38 wurde zurückgezogen.

KEF-Erklärung 39

Personal

Antrag von Carmen Marty Fässler:

	P21	P22	P23	P24
Personal (BU) alt:	130	130	130	130
Erhöhung Beschäftigungsumfang:	+0.0	+5.0	+10.0	+15.0
Personal (BU) neu	130	135	150	145

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): In meiner Begründung der KEF-Erklärung habe ich ausgeführt, wieso der Personalaufwand aufgestockt werden soll. Dringende Sanierungsmassnahmen vor allem auch bei

Kantonsschulen stehen an und müssen nun sobald als möglich umgesetzt werden. Auch im Fokus der langfristigen strategischen Immobilienplanung, LSI, des Regierungsrates ist die Wichtigkeit dieser Sanierungsmassnahmen aufgeführt. Zudem sollen unserer Meinung nach die zahlreichen Neubauprojekte zwingend vorangetrieben werden, damit die Bildungsqualität nicht leidet unter den gegebenen Bedingungen des Zustands der kantonalen Gebäude. Ab 2024 ist aufgrund mehrerer geplanter, bald in Realisierung stehender Grossprojekte von einem erhöhten Investitionsbedarf auszugehen. Dies ist mehrheitlich auf den zusätzlichen Bedarf, aber auch auf den Substanzerhalt beziehungsweise Abbau des bestehenden und Vermeidung eines neuen Instandsetzungsstaus zurückzuführen, zum Beispiel für den Neubau Forum im Hochschulgebiet Zentrum Zürich für die Universität sowie für die Gesamtinstandsetzungen mehrerer Kantonsschulen in der Stadt Zürich. Daraus ergibt sich für die kommenden Jahre ein erhöhter Personalbedarf beim Hochbauamt. Die Aufgabe A1, als eine der Hauptaufgaben, lautet dementsprechend: Planung und Realisierung von Neu- und Umbauten, Erneuerungen sowie Instandhaltung und Instandsetzung im Auftrag des Immobilienamtes, der Universität und der Spitäler. Gerade im Bereich der Bildungsbauten ist ein grosser Handlungsbedarf vorhanden. Damit diese Projekte aber nicht an einem Mangel an personellen Ressourcen scheitern, braucht es eine Aufstockung des Personals. In den Planungs-jahren 2022, 2023 und 2024 werden ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Peter Schick (SVP, Zürich): Es geht bei diesem KEF-Antrag nicht direkt um einen Frankenbetrag, sondern um Personalstellen im Hochbauamt. Dieser SP-KEF-Antrag fordert bis 2024 einen Zuwachs um 15 Stellen. Die Frage lautet: Braucht es diese überhaupt? Der Baudirektor erläuterte, dass sie im Hochbauamt erst kürzlich Stellen aufgestockt haben und gut gerüstet sind für die neuen Herausforderungen. Mehr Stellen bedeutet nicht automatisch, dass mehr Projekte abgewickelt werden können. Hinter jedem Projekt steht auch eine Zahl: Man nennt diese auch «Budget» oder «Kostenvoranschlag». Die SP will in den nächsten Jahren viel mehr Geld ausgeben, als überhaupt geplant ist. Sie will vor allem für die Bildung neue Schulhäuser bauen, mehr Kantonsschulen, da sie angeblich Angst hat, dass die Bildungsqualität leiden wird, wenn nicht gebaut wird. Auch wenn dies in der strategischen Immobilienplanung so vorgesehen ist, bleibt dies eine Planung, die aufzeigt, was gebaut werden müsste. Die Betonung lautet auf «müsste». Mehr Geld wird es nicht geben. Das Baubudget wird in den nächsten Jahren eher

limitiert bleiben. Wir haben jetzt das Corona-Zeitalter und in den nächsten Jahren tiefrote Zahlen. Die Bauinvestitionen über die nächsten Jahre auf dem bisherigen hohen Niveau zu halten, wird eine grosse Herausforderung sein. Man muss mit dem haushalten und priorisieren können, was vom Budget her möglich ist. In den vergangenen Jahren ist das gar nicht so schlecht gemacht worden. Mehr Stellen bedeutet, dass das Baubudget entsprechend hochgefahren werden müsste. Das ist jetzt, in dieser Zeit, sicher nicht möglich. Einfach Stellen zu schaffen, damit man Stellen geschaffen hat, ist und bleibt ein typisches Anliegen der linken Seite ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon): Wir Grünliberalen befürworten Recycling sehr, aber nicht jedes Recycling ist deswegen automatisch gut. Diese KEF-Erklärung ist ein schlechtes Recycling. Sie wurde nämlich schon vor einem Jahr eingereicht, auch wenn die Begründung vor einem Jahr etwas anders ausgestaltet war. Aber das zeigt doch letztlich den Argumentationsnotstand bei diesem Antrag auf. Wenn in einem Jahr aus diesem Grund mehr Stellen her müssen und im anderen Jahr aus jenem Grund, dann geht es wohl einfach um mehr Stellen, ohne dass man so genau weiss, weshalb. Wir unterstützen diese KEF-Erklärung nicht.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte nur noch ganz kurz sagen, wieso es eben etwas anderes ist als das letzte Jahr, und zwar braucht es diese Aufstockung des Personals. Wir fordern ja in den Jahren 2022, 2023 und 2024 die Erhöhung des Beschäftigungsumfangs um plus 5 Prozent. Auch wenn nämlich die Regierung erst kürzlich die Stellen im Hochbauamt aufgestockt hat, ist es wichtig, dass die Projekte jetzt schneller vorangetrieben werden können. Im Zusammenhang mit dem Investitionsbudget, welches natürlich limitiert ist, besteht unseres Erachtens aber keine grosse Gefahr, da die eingestellten Gelder für die Investitionen nur sehr selten zu 100 Prozent ausgeschöpft werden. Bitte zeigen Sie also alle, dass Ihnen auch eine qualitativ hohe Infrastruktur wichtig ist. Unsere Schülerinnen und Schüler sollen in hochwertigen Schulräumen unterrichtet werden. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Abstimmung über die KEF-Erklärung Nr. 39

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 39 mit 134 : 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 8300, Amt für Raumentwicklung

Ratspräsident Roman Schmid: Hier wurden die KEF-Erklärungen Nummern 40 und 41 zurückgezogen.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Leistungsgruppe 8400, Tiefbauamt

Ratspräsident Roman Schmid: Hier wurde der Minderheitsantrag 33a zurückgezogen. Stehengeblieben sind die KEF-Erklärungen. Wir gehen hier folgendermassen vor: Die KEF-Erklärung 42 wird mit der KEF-Erklärung 15 gemeinsam beraten. Und die KEF-Erklärung 43 wird gemeinsam mit der KEF-Erklärung 14 beraten.

KEF-Erklärung 42

W6 Investitionsvolumen zur Vervollständigung des Radwegnetzes

Antrag von Sonja Gehrig, Florian Meier, Felix Hoesch und Tobias Mani:

Anpassung W6: Erhöhung jährliches Investitionsvolumen zur Vervollständigung des Radwegnetzes von 15 Mio. Franken/a auf 30 Mio. Franken/a ab P21.

KEF-Erklärung 15

W6 – An TBA übergebene Radwegprojekte

Antrag von Florian Meier, Felix Hoesch und Sonja Gehrig:

	P21	P22	P23	P24
Ist	22	21	20	20
Antrag	30	30	30	30

Alex Gantner (FDP, Maur), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Ganz kurz: Wir haben diese beiden KEF-Erklärungen 42 bei der Baudirektion und 15 bei der Volkswirtschaftsdirektion kombiniert und diskutieren sie heute hier zusammen. Das ist auch im Zusammenhang mit der ganzen Transformation von Aufgaben von der Volkswirtschaftsdirektion an die Baudirektion im Zusammenhang mit dem Amt für Mobilität ab 2021. Es geht bei der KEF-Erklärung 42/15 um die Radwegprojekte, um das Geld, das hier zur Verfügung gestellt werden soll, nämlich nicht nur die 21 Millionen Franken, sondern die KEVU-Mehrheit beantragt Ihnen 30 Millionen

Franken. Es geht darum, die Behebung der Schwachstellen, die existieren, die bekannt sind, entsprechend zu finanzieren und dieses Projekt in der KEF-Periode auf den Weg zu bringen. Im Namen der KEVU-Mehrheit bitte ich Sie, die KEF-Erklärungen 42 und 15 zu überweisen. Danke.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf): Die zunehmende Velonutzung aufgrund der Covid-19-Pandemie verdeutlicht den Handlungsbedarf bezüglich der Bereitstellung bedarfsgerechter Infrastrukturen. Dieser Satz stammt aus der Medienmitteilung des Regierungsrates vom letzten Donnerstag, und dem kann ich nur beipflichten. Es ist Zeit für attraktive und sichere Velowege auf Alltagsrouten. Es ist Zeit für die Behebung der 1200 Schwachstellen gemäss kantonalem Velonetzplan. Der langfristige Investitionsbedarf in eine sichere Veloinfrastruktur ist hoch. Zur Behebung der 1200 Schwachstellen braucht es durchschnittlich 30 Millionen Franken über 30 Jahre, und 30 Jahre ist ein realistischer Zeithorizont. Dies basiert auf der Schätzung des Regierungsrates von 800 bis 900 Millionen Franken nötigen Gesamtinvestitionen zur Schwachstellenbehebung. Priorität haben vielbefahrene Alltagsrouten. Pro Jahr sollen also durchschnittlich 40 Schwachstellen mit einem Bedarf an 30 Millionen Franken behoben werden. Bei der Volkswirtschaftsdirektion sind dafür zuhanden des Tiefbauamtes mindestens 20 Millionen Franken für Radwegprojekte vorgesehen. Auch in der Medienmitteilung vom letzten Donnerstag zum Veloförderprogramm II, über das ich mich übrigens sehr freue, wurde ein jährliches Veloinfrastrukturbauvolumen von mindestens 20 Millionen Franken kommuniziert. Offenbar wird dieses Volumen beim Tiefbauamt jedoch tiefer budgetiert, konkret zu 15 Millionen Franken pro Jahr.

Den Budgetantrag Nummer 33 zur Erhöhung des Bauvolumens für Veloprojekte auf 30 Millionen Franken haben wir zurückgezogen, weil offenbar noch nicht so viele Projekte in der Umsetzungspipeline sind. Dies soll sich aber ändern. Vom Baudirektor wünschen wir uns, dass ab dem Jahr 2022 die benötigten durchschnittlich 30 Millionen Franken ins Budget eingestellt werden, und vor allem, dass die von der Volkswirtschaftsdirektion übertragenen Velomittel auch wirklich verbaut werden. Falls Ideen zu konkreten Projekten fehlen, kann gerne auch Pro Velo (*Interessenverband der Velofahrenden*) kontaktiert werden, in dessen Vorstand ich bin. Besten Dank.

Florian Meier (Grüne, Winterthur): Das Tiefbauamt übernimmt zukünftig Strassenprojekte bereits ab der Stufe Vorstudie und das Amt für

Mobilität wird zukünftig nur noch für die strategische Planung zuständig sein. Dieser Schritt bringt lange fällige Verbesserungen. So können unnötige Anpassungen und Iterationen bei der Übergabe zwischen Planungsstufen vermieden werden. Das steigert die Effizienz, und die Projekte sollten schlussendlich schneller und einfacher umgesetzt werden können.

Eine schnellere und einfachere Umsetzung ist bei Radwegprojekten dringend nötig. Wenn die 1200 Schwachstellen im Velonetzplan innert 30 Jahren umgesetzt werden sollen, dann muss die Regierung einen Gang hochschalten. Mit den 20 bis 22 Millionen Franken, die das Amt für Verkehr vorsieht, und mit den 15 Millionen Franken, die beim Tiefbauamt geplant sind, kommen wir hier nicht weit. Für die Umsetzung der Schwachstellen rechnet die Regierung mit jährlichen Kosten von 30 Millionen Franken.

Wenn die Velowege im Kanton sicherer und attraktiver werden sollen, dann ist eine Erhöhung der beiden Indikatoren W6 unumgänglich. Darum werden wir die beiden KEF-Erklärungen 15 und 42 unterstützen. Ich bitte Sie, dies uns gleichzutun.

Ulrich Pfister (SVP, Egg): Die geforderte Höhe des Investitionsvolumens von 15 auf 30 Millionen Franken pro Jahr ab 2021 steht quer in der Landschaft und kann nicht umgesetzt werden. Die heute dem Tiefbauamt zur Verfügung stehenden Gelder können heute schon nicht immer ausgeschöpft werden, da umsetzbare Projekte fehlen. Im Jahr 2018 wurde in der Antwort auf eine Anfrage von 1200 Schwachstellen im Velonetz geschrieben. Die Behebung kostete 800 bis 900 Millionen Franken. Es wurden keine Unterschiede bezüglich Schwachstellen im Aufgabengebiet des Kantons oder der Gemeinden gemacht. Diese 800 bis 900 Millionen sind mit Vorsicht zu geniessen. Im Strassenbau sei das Betonzeitalter vorbei, wurde kürzlich von den Grünen hier im Rat verkündet. Die Vervollständigung des Radwegnetzes wird wohl kaum ohne Beton auskommen. Ebenso wird Kulturland und werden Fruchtfolgeflächen geopfert. Dies ist mit ein Problem, um Projekte vorwärtszubringen. Die Landwirte freuen sich kaum, wenn über ihr Land ein Radweg gebaut wird. Die entsprechenden Entschädigungen für den Landverlust sind hier nur marginal. Wir sind grundsätzlich für ein funktionierendes Radwegnetz, eine Entflechtung von Velo und MIV ist für alle Verkehrsteilnehmer positiv. Ich stelle aber fest, dass wir das Radwegnetz mehrheitlich für acht oder neun Monate bauen. In Wintermonaten finden wir nur noch wenige, unentwegte Hardcore-Velofahrer. Hut ab vor den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, die immer

noch mit dem Velo in die Messe kommen. Es täuscht nicht darüber hinweg, dass wir für Schönwetter-Velofahrer auch die ÖV-Kapazitäten im Winter bereithalten müssen.

Der Regierungsrat zeigt sich sehr velofreundlich. So beantragt er dem Kantonsrat einen neuen Rahmenkredit im Betrag von 12 Millionen Franken. Gleichzeitig stellt er in Aussicht, dem Kantonsrat eine Erhöhung der Investitionen auf 20 Millionen Franken zu beantragen. (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf) spricht zum zweiten Mal: Liebe SVP, es braucht eine höhere jährliche Investitionssumme, damit die 1200 Schwachstellen in guter Frist, also in etwa 30 Jahren, behoben werden können. Natürlich, ich gebe Ihnen recht, das ist eine grobe Schätzung, diese 900 Millionen Franken, und diese Summe kann natürlich auch höher oder tiefer ausfallen; erfahrungsgemäss eher höher als tiefer. Das Ziel von 30 Millionen Franken ist auch ein berechneter Durchschnitt mit der momentan bestmöglichen Schätzung, die uns vorliegt. Wir wünschen uns mit diesem KEF-Antrag, dass die Schwachstellen rasch behoben werden und damit das Velofahren sicherer wird. Das ist auch ein Beitrag für den Klimaschutz.

Die 30 Millionen sind eine Aufstockung um 8 bis 10 Millionen Franken, wenn man bedenkt, dass im Moment schon mindestens 20 Millionen Franken in der Volkswirtschaftsdirektion dafür eingestellt sind. Im nächsten Jahr sind es 22 Millionen Franken, also wären es nur 8 Millionen mehr, die benötigt würden, um diesen Wert zu erreichen. Das ist eine langfristige Investition in sicheres Velofahren, in gute Alltagsrouten, die mit Priorität weiterzubringen sind für eine bessere Veloinfrastruktur, und damit ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz. Besten Dank.

Ulrich Pfister (SVP, Egg) spricht zum zweiten Mal: Noch ganz kurz: Die Erhöhung der Investitionen von 15 auf 20 Millionen Franken, die der Regierungsrat in den kommenden Jahren beantragen will, ist das eine. Die Gelder, die sonst für Velowege gesprochen werden sollen, ist das andere. Wenn der Honigtopf leer ist, bestreichen Sie beim nächsten Frühstück keine Brote mehr. Mit der Verteilung der Gelder des Strassenfonds im letzten September haben Sie Ihren Honigtopf geleert. Es ist kein Geld mehr vorhanden, das wir einfach so ausschöpfen können. Also, wir haben weder personelle noch planerische Ressourcen noch Geld, um diese KEF-Erklärungen umzusetzen. Die Windschutzscheiben-Fraktion lehnt diese KEF-Erklärungen ab (*Heiterkeit*).

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Vielen Dank, Ueli Pfister, für so viel Selbsterkenntnis. Tatsächlich ist das jetzt die Windschutzscheiben-Perspektive, die uns zu diesem sehr wichtigen Antrag, dieser sehr wichtigen KEF-Erklärung präsentiert worden ist. Man muss zudem bemerken: Der Antrag für 15 Millionen Franken, der für das diesjährige Budget hätte gestellt werden können, wurde ja zurückgezogen, genau auch aus finanztechnischer Rationalität. Das haben Sie bestimmt bemerkt. Das mit den Töpfen, das wir gerade gehört haben, stimmt einfach überhaupt nicht. Die 15 oder die 20 Millionen Franken oder eben auch die von der Klimaallianz geforderten 30 Millionen Franken – zu Recht gefordertem 30 Millionen, auch von der Regierung bestätigt, dass es diesen Betrag bräuchte, um in 30 Jahren mit dem Ausbau des Velonetzes fertigzuwerden –, das ist alles immer der gleiche Topf. Und man merkt hier einfach, dass sie das nicht verstehen. Sie haben nicht verstanden, welche Bedeutung das Velo für den Klimaschutz und die Verkehrswende in unserem Kanton hat. Das Velo wird in ganz vielen Bereichen, wenn endlich einmal das Radnetz genügend ausgebaut ist, eben auch die Strassen entlasten. Das müssen Sie anerkennen, und ich hoffe, Sie machen den Weg dorthin noch irgendwann, sonst müssen wir, wie es immer heisst, durchmarschieren. Denn auf dieser Erkenntnisbasis können wir nicht mehr diskutieren. Ich danke Ihnen.

René Isler (SVP, Winterthur): Eigentlich ist es pervers, über was wir hier diskutieren. Da gibt es dort draussen im Kanton in dieser Krise, die jetzt läuft, wöchentlich Hunderte und Tausende von Familien, die bald nicht mehr ein und aus wissen, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Mietzinsen zahlen sollen, wie sie ihre Kinder verpflegen sollen, und wir diskutieren hier über Millionen und Abermillionen, die wir in Velowege investieren wollen. Das ist einfach nur noch krank. Ich frage mich, wo der Unterschied ist, wenn wir eine Kulturlandinitiative angenommen haben, für mich ein Mahnmal von absolutem Irrsinn. Fahren Sie mal von Hagenbuch nach Schneit und schauen Sie mal, wie viele Hunderte von Quadratmetern Kulturland man da für einen separat geführten Fahrradweg verhunzt, der wieder zulasten oder zuungunsten der Landwirtschaft geht. Das ist einfach ein Riesenirrsinn, den wir da machen. Da draussen gibt es Menschen, die nicht ein und aus wissen, und wir buttern hier Millionen und Abermillionen für ein paar Velowege hin.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Herr Isler, es gibt neben der Corona-Krise eine weitere Krise, und die nennt sich Klimakrise. Und

diese wird uns noch lange begleiten. Um diese Klimakrise zu bekämpfen, ist das Velo ein ganz wichtiger Faktor. Verzichten wir zusammen auf den Ausbau einer Strasse, Hardwald von Bülach nach Eglisau – völlig sinnlos, kostet 90 Millionen –, streichen wir diese Strasse, dann bleibt genügend da, um das Velo zu finanzieren. Es ist immer günstiger.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos): Mein Vorredner, Herr Galeuchet, hat mich dazu bewogen, dass ich hier halt auch noch das Wort ergreife. Herr Galeuchet, Ihre Aussage zum Hardwald, das ist, Entschuldigung, etwas vom – ich darf es jetzt fast nicht sagen – Dümsten, was ich hier je gehört habe. Ja, etwas vom Dümsten, das ich je gehört habe. Wie wollen dann die Leute, die da draussen in Eglisau wohnen – ich glaube, auch noch die einen oder anderen in diesem Rat –, wie wollen die zur Arbeit fahren? Mit dem Velo durch den Hardwald? Nein, sicher nicht. Mit dem ÖV in der Corona-Zeit, wenn wir schon von Ansteckungsmöglichkeiten sprechen? Der vielgelobte ÖV funktioniert ja nicht. Mit dem Elektroauto? Ja, vielleicht, aber das bringt ja auch nichts. Das hat sogar Frau Petri (*Gabi Petri*) gesagt, dass das nichts bringt bis 100'000 Kilometer, da müssen wir zuerst auf das Wasserstoff-Auto warten. Aber mit so einer Argumentation einen Strassenausbau verhindern zu wollen, wo es wirklich um Verkehrssicherheit geht, wo es viele, viele Tote gegeben hat, und das so ideologisch begründet, Herr Galeuchet, Entschuldigung, gehen Sie in sich und bringen Sie nicht mehr solchen Unsinn.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Ich ergreife auch nur das Wort wegen Herrn Galeuchet. Ich bin ein Unterländer. Wenn ein Bülacher Kantonsrat gegen den Ausbau der Hardwaldstrasse und vielleicht auch gegen die Umfahrung Eglisau spricht, dann geht das wirklich nicht, das ist blanker Zynismus von einem Kantonsrat, der ins Wallis Skifahren geht, vermutlich mit dem Auto. Ich habe meinen Zahnarzt, ich habe meine Apotheke, ich habe mein Spital, ich habe so viele Dinge in Bülach. Und stellen Sie sich vor, wenn ich diese elf, zwölf Kilometer mit dem Fahrrad machen müsste. (*Zwischenrufe*) Ja, mehrfach täglich. Stellen Sie sich den Arbeitsweg vor, den dort jeden Morgen viele Leute zurücklegen, die im Hardwald im Stau stehen; am Morgen geht das zehn Minuten Richtung Zürich, am Abend geht das eine halbe Stunde, wenn man zurückfährt. Da wird Abgas verpufft und Abgas verpufft und Abgas verpufft. Es ist das Ökologischste, wenn man diese Strassen möglichst rasch und gut ausbaut, Herr Galeuchet. Damit schützen Sie die Leute, damit entwickeln Sie das Zürcher Unterland, damit schützen

Sie sogar die Natur dort. Und es ist total nicht fachmännisch, was Sie hier gesagt haben.

Claudio Schmid (SVP, Bülach): Kollege Galeuchet, jedes Wochenende befindest du dich jetzt beim Schneesport in den Alpen, jedes Wochenende deine schönen Bilder via Instagram. Ich finde es schön, dass du es dort geniesst und dich sportlich betätigst. Aber dass du hier bei uns im Unterland ein sehr wichtiges Projekt verhindern möchtest, das ist nicht in Ordnung. Das geht ins gleiche Kapitel wie bei Felix Hoesch gestern: Er will den Flughafen abstellen, aber ist wohl der meistreisende Kantonsrat, an den ich mich erinnern kann. Ich bin irgendwie vor 15 Jahren das letzte Mal geflogen, aber er 15mal in einem Jahr. Besten Dank.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Gestatten Sie mir, dass ich als Alltagsvelofahrer hier die Fahne der Alltagsvelofahrer hochhalte. Ich kenne den Hardwald sehr gut. Ich habe mein Büro als Bezirksrat in Bülach. Ich fahre jedes Mal mit dem Fahrrad von Wallisellen nach Bülach an die Sitzung, an die Aktenauflage, und das dauert zwischen 27 und 33 Minuten, wenn Sie ein E-Bike haben. Das ist die Zukunft. Hier liegt ein sehr grosses Umsteigepotenzial. Und wenn ich Herrn Hauser ansprechen darf: Ich visitiere seine Gemeinde regelmässig und er weiss genau, dass ich auch durch den Hardwald nach Hüntwangen mit dem E-Bike zur Visitation fahre. Das ist die Zukunft, nicht ein weiterer Ausbau. Wir haben ein riesiges Umsteigepotenzial mit den neuen Technologien beim Zweiradverkehr. Dieses müssen wir nutzen, das ist eine sehr langfristige Aufgabe. Und Herrn Isler empfehle ich, sich einmal den Unterschied zwischen Investitionen und Ausgaben erklären zu lassen. Investitionen sind langfristig, Ausgaben sind fürs nächste Jahr. Vielen Dank.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Ich kann mir zwei Bemerkungen nicht verkneifen: Stellen Sie sich vor, Matthias Hauser würde Velo fahren. Stellen Sie sich das einfach vor. Letzte Woche hat er uns erzählt – hier vorne, an dieser Stelle –, wie gerne er isst. Und jetzt stellen Sie sich vor, er würde neben dem Essen noch Velo fahren.

Punkt zwei: Herr Pfister hat gesagt, Klimawandel und die Beschäftigung damit, das sei krank. Wenn wir uns mit dem Klimawandel beschäftigen, geht es eben sehr wesentlich auch um unsere Gesundheit. Besten Dank.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) spricht zum zweiten Mal: Frau Fehr, ich finde, erstens, wir sind schon längstens nicht mehr in der Budgetdebatte, das hat Herr Galeuchet angerissen, Punkt eins. Und nun zurück zum Budget, Punkt zwei: Ich fahre tatsächlich Velo. Aber ich bin nicht in einer Lage wie Ruedi Lais, dass ich Bezirksrat bin und sonst noch Kantonsrat. Ich habe zu tun und, obwohl ich sportlich bin, schaffe ich es nicht, in fünf Minuten oder in zehn Minuten oder in einer Viertelstunde mit dem Fahrrad von Hüntwangen zum Beispiel in meine Apotheke nach Bülach oder zum Zahnarzt zu fahren. Ich habe mehrere Termine pro Tag, und das hat jeder Arbeitnehmer hier drin auch, besonders Leute, die in der Politik sind, oder auch sonst im Erwerbsleben. Und ganz viele Dinge machen Sie einfach nicht mit dem Fahrrad, wenn man keine Zeit – eine halbe Stunde, eine ganze Stunde von A nach B – hat, wenn man nicht in Wallisellen wohnt, wo man alles direkt vor der Haustür hat, oder in Zürich. Wenn man will, dass sich die Gemeinden entwickeln können, auch in der Peripherie – und das ist eigentlich gesundes Leben, wenn die Leute aufs Land ziehen und nahe bei der Natur sein wollen, das dort geniessen wollen, das ist eigentlich in Ihrem Sinn, in grünem Sinn –, dann kann es nicht sein, dass wir sagen «Wir entwickeln nur noch die Städte und machen Zentren». Und genau diese Entwicklung befördern Sie.

Und Frau Fehr, es ist nicht nett, dass Sie das auf eine so persönliche Art anschliessend hier darlegen. Es geht doch um die Peripherie und um die Stärkung der Peripherie, und da müssten Sie eigentlich dafür sein. Sie können nicht aus ideologischen Gründen die Randregionen abstellen.

Ordnungsantrag

Ratspräsident Roman Schmid: Wir haben einen Ordnungsantrag von Michael Zeuglin auf Schliessung der Rednerliste.

Abstimmung über den Ordnungsantrag

Der Kantonsrat stimmt dem Ordnungsantrag mit 120 : 32 Stimmen (bei 5 Enthaltungen) zu. Die Rednerliste ist geschlossen.

Ratspräsident Roman Schmid: Es sind noch zwei Redner auf der Rednerliste.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Ich habe bereits inhaltlich zu den beiden KEF-Erklärungen Stellung genommen. Was ich hier

sagen möchte: Ich interessiere mich wirklich nicht für die Velofahrge-
wohnheiten meiner Kolleginnen und Kollegen, das hat nun nichts mit
einer Budgetdebatte zu tun und das hat auch nichts mit der Ernsthaftig-
keit dieses Themas zu tun. Ich bin froh, dass wir jetzt damit aufhören,
und ich möchte einfach noch einmal sagen: Es sind jetzt neu 20 Millio-
nen Franken, die jährlich eingestellt werden, das sind 5 Millionen mehr
als in der letzten Programmperiode. Das zeigt die Ernsthaftigkeit, mit
der der Regierungsrat dieses Thema angeht. Aus unserer Sicht ist das
genügend, wir vertrauen da dem Regierungsrat. Wichtig erscheint mir
einfach noch die Bemerkung, dass es raumplanerisch sinnvoll angegan-
gen werden muss. Das Umsteigepotenzial des Velos ist tatsächlich da,
das hat der Regierungsrat, das hat Regierungsrätin Carmen Walker
Späh als Vertreterin des Regierungsrates auch so dargelegt. Es macht
aber wirklich nicht überall Sinn, dieses Potenzial in gleicher Weise aus-
zunutzen. Ich denke dabei insbesondere an die Städte, da macht es Sinn.
In der Landschaft draussen müssen wir auch noch auf den MIV ver-
trauen können. Dieses ewige Ausspielen des Velos gegen das Auto –
davon habe ich wirklich genug. Besten Dank.

Erich Vontobel (EDU, Bubikon): Das ist meine erste unvorbereitete
Rede heute Morgen, bei der ich kein Manuskript brauche. Herr David
Galeuchet, Ihre Voten haben Unterhaltungswert. Sie sind mir sehr sym-
pathisch. Wissen Sie, weshalb? Weil Sie auch Motorrad fahren, auch
wenn der Töff mit Strom funktioniert. Ich fahre auch Töff. Sie sind mir
sehr sympathisch, denn Sie sind eigentlich ein ganz normaler Mensch.
Sie gehen ins Wallis Ski fahren und so weiter. Aber was ich nicht auf
die Reihe bringe, ist, dass Sie Wasser predigen und Wein trinken, das
müsste ja nicht sein. Bleiben Sie doch einfach ganz normal und stehen
Sie zu dem, was Sie brauchen: Sie brauchen auch Strassen.

Ratspräsident Roman Schmid: Grundsätzlich sind wir 180 normale
Menschen in diesem Saal (*Heiterkeit*) und wir werden jetzt über zwei
KEF-Erklärungen abstimmen.

Abstimmung über die KEF-Erklärung Nr. 42

**Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 42
mit 85 : 80 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.**

Abstimmung über die KEF-Erklärung Nr. 15

**Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 15
mit 85 : 80 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.**

Ratspräsident Roman Schmid: Wir kommen nun zur gemeinsamen Beratung der KEF-Erklärungen 43 und 14.

KEF-Erklärung 43

Siedlungsorientierter Strassenraum

Antrag von Thomas Wirth und Franziska Barmettler:

Indikator L7 (neu)

		R19	B20	P21	P22	P23	P24
L7	Realisierte Gestaltung zu siedlungsorientiertem Strassenraum, in km				10	10	10

KEF-Erklärung 14

Siedlungsorientierter Strassenraum

Antrag von Thomas Wirth und Franziska Barmettler:

Indikator L13 (neu)

		R19	B20	P21	P22	P23	P24
L13	Ans TBA übergebene Projekte zur Gestaltung von siedlungsorientiertem Strassenraum, in km			10	10	10	10

Alex Gantner (FDP, Maur), Präsident der KEVU: Auch diese beiden KEF-Erklärungen sind hier in der Debatte vereint und auch in der KEVU in Anwesenheit der Volkswirtschaftsdirektorin (*Regierungsrätin Carmen Walker Späh*) einerseits und des Baudirektors (*Regierungsrat Martin Neukom*) andererseits entsprechend beraten worden. Wir waren vorhin bei den Velos, es geht jetzt um den siedlungsorientierten Strassenraum, konkret um die Staatsstrassen in Gemeinden beziehungsweise dort, wo gewohnt wird. Und es geht darum, dass es Projekte gibt, die bezüglich der Gestaltung des siedlungsorientierten Strassenraums von der Volkswirtschaftsdirektion an die Baudirektion übergeben werden sollen beziehungsweise dann eben ein Jahr später realisiert werden. Sie sehen in den entsprechenden Aufzählungen, dass die KEF-Erklärung 14 ein Jahr früher beginnt, nämlich schon 2021, und in der KEF-Erklärung geht es dann ab 2022 los. Die Bemessungsgrundlage ist Kilometer, dass Sie das vielleicht zur Kenntnis nehmen. Das haben wir auch diskutiert, das ist vielleicht nicht die glücklichste Bemessungsgrundlage. Es wäre allenfalls gescheiter, wenn es die Anzahl Projekte wäre. Es geht darum, den Strassenraum innerhalb von Gemeinden zu gestalten, von Fassade zu Fassade, und hier alles zu berücksichtigen und auch alle Stakeholders miteinzubeziehen. Die KEVU-Mehrheit – 8

zu 7 Stimmen – empfiehlt Ihnen, diese beiden KEF-Erklärungen ebenfalls zu überweisen. Danke.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Innere Verdichtung braucht eine hohe Lebensqualität und eine hohe Lebensqualität braucht attraktiven öffentlichen Raum. Siedlungsorientierter Strassenraum heisst genau attraktiver öffentlicher Raum, heisst Lebensqualität, Aufenthaltsqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner, für die Kundinnen und Kunden und für die Konsumenten und Konsumentinnen, die in diesem Strassenraum unterwegs sind. Siedlungsorientierter Strassenraum heisst gegenseitige Rücksichtnahme, ein Miteinander statt ein Gegeneinander. Und dafür braucht es eben auch eine bauliche Gestaltung, eine bauliche Gestaltung der Verkehrsflächen für die verschiedenen Verkehrsmittel, Grünflächen für die Begrünung des Siedlungsraums und für die Versickerung des Wassers. All das muss auf die Dichte und die Nutzung abgestimmt sein, die dann im spezifischen Raum vorhanden ist oder angestrebt wird.

Martin Neukom hat bei seinem Eintreten gesagt, es würde ein bisschen dauern. Und er hat mir bezüglich der Baubewilligungen gesagt, ich sei gut informiert. Nun, ich kann auch hier sagen: Ob ich gut informiert bin oder nicht, kann ich nicht beurteilen, aber ich weiss, dass die Mitarbeiter des Kantons Zürich das können, die Entwicklungsingenieure und die Planer. Jetzt muss die Regierung nur noch wollen und das wollen wir mit dieser KEF-Erklärung fordern. Herzlichen Dank für die Unterstützung.

Ulrich Pfister (SVP, Egg): Einzelne Sanierungsprojekte von Staatsstrassen haben eine Vorlaufzeit von mehreren Jahren, meist unabhängig von der Länge der zu sanierenden Strasse. Aus diesem Grund erschliesst sich uns die geforderte Messgrösse in Kilometern statt in Anzahl Projekten nicht. Qualität vor Quantität. Die Forderung nach einem siedlungsorientierten Strassenraum geht erfahrungsgemäss einher mit der Reduktion der Geschwindigkeit. Für die Aufschlüsselung nach Anzahl Projekten sprechen die Resultate einer vom ASTRA (*Bundesamt für Strassen*) in Auftrag gegebenen Studie. Die Studie untersucht die Wirkung einer siedlungsorientierten Strasse. Diese Studie empfiehlt, dass siedlungsorientierter Strassenraum einhergehend mit einer Geschwindigkeitsreduktion sich auf klar definierte, eher kürzere Strecken oder Abschnitte begrenzt, damit eine Akzeptanz der Verkehrsteilnehmer vorhanden ist und die gewünscht Wirkung erzielt wird. Der Kanton

ist normalerweise lediglich im Besitz der Strassenparzelle, die siedlungsorientierte Strasse muss aber von Fassade zu Fassade geplant werden. Hier sind dem Kanton die Hände gebunden. Weite Teile neben der Strassenparzelle sind im Besitz entweder von Gemeinden oder Privaten. Diese Besitzer bestimmen über das Erscheinungsbild der siedlungsorientierten Strasse. Nur mit dem Strassenkörper verwirklichen Sie keine siedlungsorientierte Strasse. Wie bereits erwähnt, haben diese Strassenprojekte eine Vorlaufzeit und die übrigen Player müssen miteinbezogen werden. So ist im neuen Indikator für das Planjahr 2021 eine Strecke von zehn Kilometern mehr als utopisch. Wir lehnen diese KEF-Erklärungen ab.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Die FDP wird diese KEF-Erklärungen ebenfalls ablehnen. Grundsätzlich ist das Thema ja nicht neu, es sind auch im Rat entsprechende Vorstösse hängig. Wir haben mehrere gute Gründe, diese KEF-Erklärungen nicht zu unterstützen: Zuerst einmal ist die Frage der Siedlungsverträglichkeit von Strassen tatsächlich sehr interessant und auch sehr viel komplexer, als dass man sie sinnvoll mit einem derartigen Indikator abbilden könnte. So haben ja, um nur ein Beispiel zu nennen, Kantonsstrassen einen primär verkehrsorientierten Auftrag, wobei es – und hier kommt eben die Krux – es sicherlich einen Unterschied macht, ob man in der Stadt oder in Industriezonen oder im ländlichen Raum plant. Die Frage der unterschiedlichen Räume bliebe natürlich von einem derartigen Indikator vollkommen nicht betroffen. Und es ist auch eine Frage der Finanzen: Es werden neu im Strassenfonds ja jährlich mindestens 70 Millionen Franken fehlen, und für Projekte, wie mit diesem Indikator gewünscht, fehlt nun wirklich schlicht das Geld.

Uns hat die Baudirektion ebenfalls überzeugt. Sie hat nämlich aufgezeigt, dass die Planung von Fassade zu Fassade bei ihr angekommen ist. Ich verweise hier auf die jüngsten Planungen aus dem Zürcher Oberland. In der Gemeinde Hinwil wurde eine sinnvolle Planung angegangen. Das zeigt sich dort, indem ein Kreiselbau in Kombination mit Velowegen und gleichzeitig auch Massnahmen für siedlungsorientierte Gestaltung angegangen werden, wobei wir – da möchte ich einen kleinen Einschub machen – bei der Planung von Fassade zu Fassade, wie es die Baudirektion versteht, dahinterstehen können. Hingegen die Planung von Fassade zu Fassade – gelesen in der NZZ –, wie es sich die Stadt Zürich vorstellt und die auch die Innenhöfe und die Dachterrassen Privater umfassen soll, das ist nun wirklich nicht unsere Planung und da verstehen wir etwas anderes darunter. Danke.

Thomas Honegger (Grüne, Greifensee): Die Anforderungen an einen siedlungsorientierten Strassenraum sind vielfältig: Es soll leise und sicher sein. Der Strassenraum dient dem Fussgänger, dem Rollstuhl, dem Velo, dem E-Bike, dem Auto gleichermassen als Verkehrsachse. Die Aufenthaltsqualität ist gut und lädt zum Verweilen ein. Der Strassenraum ist begrünt und leistet einen wichtigen Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel. Der Regierungsrat hat bereits beschlossen, die Standards für einen siedlungsorientierten Strassenraum neu zu definieren, und hat die ersten Resultate am Sounding Board von letzter Woche präsentiert. Somit hat die Regierung bereits selbst die nötigen Prozesse angestossen, um einen neuen Leistungsindikator in diesem Bereich einzuführen. Der geforderte Indikator erfüllt zudem die Anforderung, mess- und überprüfbar zu sein. Wir Grünen unterstützen das Anliegen, dass jährlich zehn Kilometer Staatsstrasse siedlungsorientiert gestaltet werden sollen. Nicht akzeptieren werden wir die Antwort, dass aufgrund der Änderung des Strassengesetzes nicht mehr genügend Gelder im Strassenfonds zur Verfügung stünden. Solange das Amt für Mobilität in Eglisau, in Grüningen, in Wetzikon neue Strassen auf grüner Wiese für Hunderte Millionen Franken plant, sollte auch etwas Geld für den siedlungsorientierten Strassenbau vorhanden sein.

Regierungsrat Martin Neukom: Ich habe es bereits in meinem Eintretensvotum gesagt, dass ich das Anliegen grundsätzlich sehr unterstütze, dass wir daran arbeiten. Ich habe auch gesagt, dass wir an neuen Standards arbeiten. Diese Standards sehen vor, dass es verschiedene Typologien gibt, so wie es Barbara Franzen erwähnt hat. Das heisst, es gibt dann eine Typologie «innerorts, aber in einem nicht so sensiblen Industriegebiet» oder «innerorts im Dorfkern» oder «ausserorts». Es sind dann verschiedene Typologien und da werden wir verschiedene Standards haben. Wir haben in der Baudirektion von der Regierung den Auftrag, diese Standards zusammen mit der Volkswirtschaftsdirektion zu erarbeiten im nächsten Jahr. Wir sind voll und ganz auf diesem Weg. Wir lehnen diese KEF-Erklärung jedoch ab, denn es ist aus unserer Sicht nicht zielführend, dies in Kilometern pro Jahr anzugeben. Wir sind grundsätzlich unterwegs und teilen das Anliegen, aber wir glauben nicht, dass wir mit diesem Indikator besonders viel erreichen. Deshalb lehnen wir die KEF-Erklärung ab.

Wenn ich schon hier am Rednerpult bin, dann spreche ich auch gleich zum nächsten Indikator, das ist die Anzahl Kilometer vom ökologischen Böschungsunterhalt. Auch das ist etwas, was wir bereits tun. Da

hat uns der Kantonsrat im Jahr 2018, wenn ich mich richtig erinnere, zusätzliche Mittel zugesichert, 2 Millionen Franken im Budget eingestellt. Damit wird seither der Böschungsunterhalt ökologisch gemacht, das heisst, das geschnittene Gras wird nicht direkt aufgesaugt, sondern es wird zuerst noch liegengelassen und nachher aufgesaugt. Das ist ökologisch deutlich besser, das machen wir bereits – und vermutlich mehr, als im Indikator verlangt ist. Wir schlagen deshalb für das nächste Jahr einen besseren Indikator vor, lehnen diesen aber ab. Besten Dank.

Abstimmung über die KEF-Erklärung 43

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 43 mit 86 : 77 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Abstimmung über die KEF-Erklärung 14

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 14 mit 83 : 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

KEF-Erklärung 44

Siedlungsorientierter Strassenraum

Antrag von Thomas Wirth und Franziska Barmettler:

Indikator L13 (neu)

		R19	B20	P21	P22	P23	P24
L8	Nach ökologischen Vorgaben unterhaltenes Strassenbegleitgrün, in % des Staatsstrassennetzes			20	25	30	35

Alex Gantner (FDP, Maur), Präsident der KEVU: Das ist eine weitere KEF-Erklärung, die in der KEVU beraten worden ist. Namens der KEVU beantrage ich Ihnen, diese KEF-Erklärung zu überweisen. Die Abstimmung war 10 zu 5 Stimmen in der KEVU. Es geht um einen neuen Leistungsindikator, das sogenannte Strassenbegleitgrün entlang der Staatsstrassen, ein Indikator, der ab nächstem Jahr schon wirken sollte mit 20 Prozent des Staatsstrassennetzes und sich dann auf 35 Prozent erhöhen soll. Auch dieser Punkt wurde in der KEVU entsprechend diskutiert, weil ja ein grosser Teil der Staatsstrassen innerorts ist, wo es dieses Strassenbegleitgrün zum Teil gar nicht gibt. Daher würde sich dieser Indikator eigentlich grundsätzlich auf das Grün entlang der Staatsstrassen ausserorts beschränken. Wir haben vorhin von Baudirektor Martin Neukom bereits die Einschätzung vonseiten des Regierungsrates gehört. Die ganze Sache ist aufgegleist, ist auch in Umsetzung mit diesem erhöhten Budgetposten, den es seit zwei bis drei Jahren gibt. Die KEVU wird anhand eines Informationstraktandums im ersten

Quartal 2021 auch im Detail über den Zwischenstand informiert werden. Besten Dank.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Wie in der Kommission besprochen unterhält der Kanton Zürich knapp 1500 Kilometer Staatsstrassen. Bereits im Budget 2019 wurden 2 Millionen Franken mehr für den ökologischen Böschungsunterhalt beantragt. Die Idee von der vermehrten Aufwertung von Strassenböschungen und Rabatten ist grundsätzlich positiv, soll doch einmal nicht nur die Landwirtschaft allein die Welt retten. Leider hört es nach dem Tatendrang, alles grüner zu machen, auch bald schon wieder auf, ist der Kanton doch bereits heute oftmals hoffnungslos in Verzug, etwa bei der konsequenten Bekämpfung der invasiven Neophyten gemäss der Liste von Bundesbern. Als Anrainerin einer langen Autobahnböschung kann ich hier nur negativ berichten. Trotz mehrmaligem Nachfragen und Aufforderung, endlich die eingewachsenen Neophyten im Autobahnzaun zurückzuschneiden und zu entfernen, wurde ich lapidar mit der Begründung «keine Zeit» abgewimmelt. Als Landwirtin, aber auch als Privatperson ist man verpflichtet, die Wiesen sauber von Unkräutern und Neophyten zu halten. Und ich kann Ihnen hier sagen: Das ist eine «Never ending Story». Biodiversitätsförderung an Strassenrändern ist anspruchsvoll im Unterhalt. Bevor wieder Geld in überteuerte Ökobüros versickert, wäre es angebracht, die bestehenden Flächen in Ordnung zu halten. Deshalb lehnen wir von der SVP die KEF-Erklärung ganz klar ab.

Thomas Honegger (Grüne, Greifensee): Der Handlungsbedarf ist allen klar, wir müssen den Rückgang der Biodiversität stoppen. Immer wieder fiel dabei der Begriff der ökologischen Infrastruktur. Die Lebensräume der Tiere und Pflanzen sollen dadurch in unserer Landschaft verankert werden. Das gelingt uns nur, wenn wir der Natur den gebührenden Platz zusprechen – Platz, der gerade im Kanton Zürich stark beansprucht wird, ja, sogar knapp geworden ist. Flächen rücken in den Fokus, wo der Nutzungsdruck geringer ist, das sind unbebaubare Gebiete um den Flughafen, Flachdächer, Bahndämme oder eben auch Strassenbegleitgrün. Das Strassenbegleitgrün kann mit einer entsprechenden Pflege viele ökologisch wertvolle Flächen bereitstellen und noch dazu die Landschaft vernetzen. Zur ökologischen Pflege gehört, dass das Schnittgut nicht grün abgesaugt wird, sondern, wie bei Blumenwiesen üblich, geheut wird. Die Samen der Blumen wie auch die Tiere brauchen ihre Zeit, das Schnittgut zu verlassen. Dabei gilt es, einen geeig-

neten Schnittzeitpunkt und eine geeignete Schnitthäufigkeit zu beachten. Und selbstverständlich, die invasiven Neophyten sind regelmässig zu jäten. Sie sehen, die ökologische Pflege hat durchaus ihren Preis und ist nicht en passant zu haben. Wir Grünen sind gespannt, auf wie vielen Flächen die ökologische Pflege bereits ihre Anwendung findet, und sind gespannt auf den neuen Leistungsindikator.

Abstimmung über die KEF-Erklärung Nr. 44

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 44 mit 92 : 68 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

34 Antrag FIKO entspricht Minderheitsantrag Christian Lucek, Ruth Ackermann, Sandra Bossert, Ann Barbara Franzen, Alex Gantner, Konrad Langhart und Ulrich Pfister (KEVU):

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

34a Antrag KEVU entspricht Minderheitsantrag Selma L'Orange Seigo, Ronald Alder, Tobias Langenegger, Hannah Pfalzgraf und Cyrill von Planta (FIKO):

Verschlechterung: Fr. -450'000

3 zusätzliche Stellen für die Fachstelle «Klima» im AWEL mit dem Ziel: zügige Erarbeitung des Masterplans Dekarbonisierung und rasche Umsetzung von Klima-Massnahmen, inkl. Unterstützung von Gemeinden, Städten beim Klimaschutz und Aufbau eines Monitorings Klima und Klimafolgen.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Das AWEL wird vom grünen Kurs von Martin Neukom stark gefordert. Die Umsetzung von diversen Projekten absorbiert die AWEL-Mitarbeiter. Zum Teil arbeiten bereits jetzt Energiefachpersonen aushilfsweise an der Klimastrategie. Man merkt es gut, dem Baudirektor sitzt die links-grüne Ratsmehrheit im Nacken. Diese möchte Fortschritte in der Klimastrategie sehen. Deshalb die Forderung der Grünen Fraktion nach einer Aufstockung des Personals um drei weitere Stellen. Zähneknirschend musste Herr Neukom in der KEVU leider Ablehnung seitens des Regierungsrates verkünden, da dieser im Sommer einen Budgetstopp beschlossen hat. Drei Stellen sind 450'000 Franken. Um was genau zu tun? Laut dem links-grünen KEVU-Antrag sollen die drei neuen hochbezahlten Klimafachpersonen eine rasche Umsetzung von Klimamassnahmen und ein Monitoring bei Klimafragen aufbauen. Der konkrete direkte Nutzen für die Umwelt

bleibt einmal mehr schleierhaft. Dabei kann man bereits jetzt mit wenigen Massnahmen viel für die Umwelt erreichen, es braucht niemanden, um das Rad neu zu erfinden. Versorgen wir die Schweizer Bevölkerung doch vermehrt mit gesunden, regionalen und saisonalen Produkten von Zürcher Bauern. Das spart CO₂, fördert die Vielfalt der Landschaft und macht vor allem unabhängig. Das Gute liegt so nah. Die SVP sagt auch hier konsequent Nein zu diesem weiteren Aufblasen der Verwaltung. Danke.

Thomas Honegger (Grüne, Greifensee): Das Pariser Klimaschutzabkommen wurde von 196 Staaten unterzeichnet und sieht die Begrenzung der menschengemachten globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten vor. Dazu bekennen sich nebst dem Bundesrat auch die Kantonsregierung und die Mehrheit dieses Rates. Bei der Klimakrise handelt es sich um die wissenschaftlich bestuntersuchte Herausforderung in der Menschheitsgeschichte. Mehrere hunderttausend klimatologische Studien kommen zum selben Schluss: Die Klimakrise ist menschengemacht und umfangreiche Klimaschutzmassnahmen sind gerechtfertigt. Es ist Zeit zum Handeln. Corona schlägt sich zwar im kantonalen Haushalt nieder, noch viel stärker zu Buche schlagen wird sich, wenn wir dadurch den Klimaschutz vernachlässigen. Wir erwarten von der Regierung, dass das Kompetenzzentrum Klima unverzüglich ausgebaut wird. Dringend brauchen wir einen Masterplan zur Dekarbonisierung, Klimaschutzmassnahmen müssen rasch umgesetzt werden. Ebenso gehört die Unterstützung von Gemeinden und Städten beim Klimaschutz dazu. Und nicht zuletzt wollen wir den Aufbau eines Monitorings des Klimas und der Klimafolgen. Dieser Antrag fordert 450'000 Franken für drei zusätzliche Stellen für die Fachstelle Klima beim AWEL, die aufgrund des eingefrorenen Stellenetats nicht budgetiert wurden. Das Schattenboxen ist vorbei. Bekennen Sie sich hier und heute zum Klimaschutz.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Das Thema ist zu wichtig, um hier nichts zu sagen. Das AWEL hat in den letzten Jahren enorm viele zusätzliche Aufgaben übernehmen müssen. Dieser Arbeitsaufwand kann grundsätzlich durch zusätzliche Stellen, durch interne Stellenverschiebungen, durch Prioritätsverschiebung bei bereits bestehenden Aufgaben oder durch Auslagerung an Externe abgedeckt werden. Die Prioritätenverschiebung hat ihre Grenzen, ebenso die Möglichkeit der Auslagerung. Engpässe sind nun deren viele: In den Bereichen Klima, Mobilfunk und Radon fehlt es an der zügigen Umsetzung, die internen

Möglichkeiten sind ausgereizt. Da hilft der vom Regierungsrat beschlossene Budgetstopp definitiv nicht viel. Die drei zusätzlichen Stellen für die Fachstelle Klima sind das absolute Minimum, um das Tempo für die Erarbeitung von Grundlagen und deren späteren Umsetzung in diesem Bereich den Tatsachen und den Forderungen der Politik anzupassen, nicht zuletzt auch den Forderungen der Gemeinden und Städte nach Hilfe in diesem Bereich, wie ich persönlich am Klimadialog 2020 vom vorletzten Freitag gehört habe, übrigens an einem sehr guten Klimadialog, der Diskussionen zulies, der für die Zukunft hoffen lässt. Hier zeigt sich auch, dies als Beispiel, Frau Bossert, der direkte Nutzen. Stimmen Sie dieser Stellenplanerweiterung zu, stimmen Sie mit der Mehrheit dieser Stellenerweiterung zu. Es ist eine äusserst gute Investition in die Zukunft.

Hans Finsler (SVP, Affoltern a. A.): Ich wollte eigentlich während dieser Debatte nicht persönlich in Erscheinung treten, aber man wird halt immer mal wieder provoziert. Der Antrag auf Schaffung dreier zusätzlicher Stellen zur Bremsung des menschengemachten Klimawandels ist ein solcher Alibi-Antrag, der mich jetzt auch hier vortreten lässt. Der Antrag unterstellt, dass der Klimawandel tatsächlich menschengemacht ist, weil wir fossile Brennstoffe verheizen und damit CO₂ produzieren. Stellt sich mir die Frage: Was soll die Schaffung von drei zusätzlichen Stellen zur Beratung von Gemeinden daran ändern? Dann müssen wir die fortschreitende Verbrennung fossiler Brennstoffe beenden. Womit wollen wir sie ersetzen? Wir können sie nur mit Strom ersetzen, und zwar sind es derart gewaltige Mengen an Strom, die wir dann benötigen werden, dass die paar Sonnenzellen und Windräder in unserem Land aufgestellt werden, nirgends hinreichen werden. Dann brauchen wir Atomkraftwerke, das ist die Konsequenz dieses Weltbildes. Und über kurz oder lang werden wir nicht darum herumkommen, das zu diskutieren. Ich danke.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Wir haben jetzt wieder mal einiges durcheinander gehört, aber darum geht es mir gar nicht. Ich will diesen Salat hier nicht aufräumen, sondern es geht mir mehr darum, dass wir in einer Krise sind, diese Krise nennt sich Corona-Krise, und diese Krise widerspricht offenbar heute der Klimakrise. Denn wir von der Klimaallianz haben auf der linken Ratsseite vier Absenzen durch Corona. Diese Leute können nicht in den Kantonsrat kommen, und das bedeutet, dass wir bei der Ausgabenbremse bei diesem Antrag keine Mehrheit haben werden, wir können also abstimmen, was wir wollen.

Wir können uns fragen, wie demokratisch das ist, dass wir uns durch eine Pandemie in der Bewältigung einer zweiten Krise hier nicht adäquat unsere Stimme anbringen können. Insofern ist diese Diskussion hier für uns beendet. Es ist für uns ganz klar, dass wir diese drei Stellen zur Bewältigung der Klimakrise und der CO₂-Reduktion in unserem Kanton brauchen, aber Corona macht uns hier den Strich durch die Rechnung. Deshalb gebe ich einfach bekannt: Mit den vier Leuten, die uns fehlen, werden wir da nicht hinkommen.

Ratspräsident Roman Schmid: Sie können mir diese vier Namen angeben. Auch von der rechten Ratsseite habe ich bereits schon Namen von Personen erhalten, welche heute in der Quarantäne sind.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Auch wir haben Absenzen. Ich möchte aber nur noch eines festhalten: Nebst den Absenzen, die wir auch auf unserer Seite haben – es sind, glaube ich, auch exakt vier, die wir heute Morgen haben –, möchte ich doch festhalten, dass es bei unseren Budgetkompetenzen nie um Stellen geht. Wir bewilligen keine Stellen, wir bewilligen das Budget. Und wenn wir bei einem Budget des Baudirektors, bei dem es um weit, weit mehr geht, jetzt über einen Betrag von 450'000 Franken diskutieren, appelliere ich gerade in dieser Corona-Zeit – wir haben gestern ein Härtefallprogramm diskutiert – an Ihren Verstand: Sie diskutieren jetzt über einen Betrag von 450'000 Franken und nicht über die drei Stellen. Diese drei Stellen kann der Baudirektor morgen schon besetzen, er hat das Geld. Und wenn er das dann nicht an einem anderen Ort kompensieren kann, dann macht er den Job nicht ganz gut. Danke vielmals.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) spricht zum zweiten Mal: Geschätzter Kollege Hübscher, Sie wissen ganz genau, dass Beträge, die wir im Budget einstellen, immer auch mit einem Zweck verbunden sind. Und dieser Zweck darf genannt werden, sonst müssen Sie auch keine Streichungsanträge mehr stellen und sagen, dort und dort solle man zurückfahren. Das machen Sie ja genauso. Und das Peinliche an der ganzen Sache, mit Ihrer Rhetorik, die Sie hier betreiben, ist: Sie haben immer noch nicht kapiert, dass wir parallel zur Corona-Krise auch noch eine zweite Krise haben, die sich anbahnt, und diese Krise heisst Klimakrise. Und wenn Sie das die ganze Zeit gegeneinander ausspielen wollen, dann sind Sie einfach auf dem Holzweg. Wir von der Grünen Fraktion machen es nicht, wir akzeptieren beide. Und es täte Ihnen gut, Sie würden diesen Schritt auch einmal machen.

Abstimmung

Der Antrag 34 der FIKO, der dem Minderheitsantrag der KEVU entspricht, wird dem Minderheitsantrag 34a der KEVU, der dem Minderheitsantrag der FIKO entspricht, gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 87 : 80 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der FIKO zuzustimmen.

Ratspräsident Roman Schmid: Nun stellen wir fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 180 Mitgliedern. Deshalb braucht es mindestens 91 Stimmen. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt dem Minderheitsantrag 34a mit 87 : 78 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Damit ist das erforderliche Quorum der Ausgabenbremse nicht erreicht worden.

*KEF-Erklärung 45**Anteil fossilbetriebener Heizungen***Antrag von Florian Meier und Markus Bärtschiger:**

Es wird ein neuer Wirkungsindikator eingeführt:

Anteil fossilbetriebener Heizungen im Gebäudebereich (in %)

Alex Gantner (FDP, Maur), Präsident der KEVU: Eine weitere KEF-Erklärung, die in der KEVU beraten worden ist, und namens der KEVU beantrage ich Ihnen, diese KEF-Erklärung zu überweisen. Es geht um einen neuen Wirkungsindikator, der eingeführt werden soll, als Messgrösse für die Umsetzung beziehungsweise den Vollzug der MuKE-Vorlage 5614, die ja im ersten Quartal 2021 in den Kantonsrat kommen wird. Wir haben im Zusammenhang mit diesem Geschäft ja immer wieder gehört, dass es so in etwa 110'000 bis 115'000 Heizungen gibt, die mit Öl oder Gas betrieben werden. Das soll neu gemessen werden. Anteil fossilbetriebener Heizungen im Gebäudebereich in Prozent. Das ist eine neue Messgrösse, die zeigen soll, wie das Energiegesetz mit den neuen Bestimmungen dann auch umgesetzt wird. Ob die Prozentangabe wirklich ganz sinnvoll ist – also auch hier geht es wieder um die Bemessungsgrundlage –, ist in der KEVU auch diskutiert worden. Denn es sind Objekte, die miteinander verglichen werden: Die fossilbetriebenen Heizungen relativ zu den nicht fossilbetriebenen Heizungen, das

sagt aber noch nichts über den CO₂-Ausstoss und andere klimarelevante Faktoren aus. Dies einfach noch zur Vervollständigung der Beratungen in der KEVU. Besten Dank.

Florian Meier (Grüne, Winterthur): Öl- und Gasheizungen in bestehenden Gebäuden verursachen über 40 Prozent aller CO₂-Emissionen im Kanton Zürich. Diese Emissionen müssen rasch reduziert werden. Einer der wichtigsten Faktoren bei der Reduktion der Treibhausgase ist eine gute Datengrundlage über die Emittenten. Wer Treibhausgase reduzieren will, muss zuerst wissen, wo welche ausgestossen werden.

Mit einem neuen Indikator soll ausgewiesen werden, wie viele fossile Heizungen betrieben werden, und für die kommenden Jahre sollen Zielwerte festgelegt werden. Seit 20 Jahren wird das Gebäude- und Wohnungsregister, kurz GWR, geführt. Bauprojekte werden darin erfasst und nachgeführt. Dort sind neben allgemeinen Gebäudedaten auch die Energieträger Heizung und Warmwasser erfasst. Das Ausweisen des Anteils fossiler Heizungen in einem Indikator sollte also ein Leichtes sein. Öffentlich zugänglich sind diese Daten eben nicht wirklich.

Wir Grünen werden die KEF-Erklärung daher unterstützen. Ich bitte Sie, dies uns gleichzutun.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Bei diesem KEF-Antrag bin ich grundsätzlich mit Florian Meier einig, dass es nicht so problematisch ist, das auszuweisen. Das Problem ist: In der Form, wie Sie das machen wollen, erzeugt das doch einen erheblichen bürokratischen Aufwand für die Bestandesaufnahme beim Gebäudepark. Die Menge des verkauften Heizöls ist jedoch bekannt. Der CO₂-Ausstoss aus Heizungen könnte sehr viel einfacher durch die verkaufte Heizölmenge ermittelt werden. Deshalb bin ich der Meinung, dass dieses neue Instrument nicht notwendig ist, schon gar nicht im KEF. Es wird die Budgetdebatte noch mehr aufblasen und diese warme Luft nützt dem Klima einfach nichts. Wenn wir schon bei der warmen Luft sind, Herr Galeuchet, ich kann es mir nicht verkneifen, zu Ihrer Polemik noch etwas zu sagen; ich giesse jetzt auch ein wenig Öl ins Feuer, das ist ja auch das Salz in der Suppe einer Budgetdebatte, ich finde das gar nicht so schlecht, den grünen Salat etwas zu würzen: Übrigens fliege ich in meiner Freizeit weniger als Herr Hoesch, ich fahre Plug-in-Hybrid und auch Velo. Und als Bauvorstand meiner Gemeinde habe ich soeben ein grosses Erdwärmeprojekt realisiert. Was mich wirklich irritiert an Ihrer Polemik: Man sprach vom Klimawandel. Auch wir haben dieses Wording aufgenom-

men. Ich sprach vorhin sogar von der Klimakrise, wurde umgehend kritisiert in meiner Fraktion, aber Sie sprechen schon von der Klimakatastrophe. Also wenn wir jetzt weiterdebattieren, bin ich überzeugt, dass wir heute Abend in der Klima-Apokalypse landen. Mässigen Sie sich, es nützt dem Klima nichts, diese Diskussion. Danke.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Natürlich ist der Gebäudebereich ein ganz wichtiger Bereich für die Erreichung der Klimaziele. Das wissen wir nicht erst seit der Beratung der Änderung des Energiegesetzes zur Umsetzung der MuKE. Allerdings, das muss hier einfach auch gesagt werden, ist die doch relevante Kenngrösse in Bezug auf die Erreichung der Klimaziele der Ausstoss an CO₂, und da machen wir von der FDP ein grosses Fragezeichen bezüglich der Wertigkeit dieses neuen Instruments. Ich mache dazu ein Beispiel: Wenn also ein Energiebezüger in Wädenswil einen grossen Anteil an erneuerbarem Biogas in seinem Energiemix bestellt – Wädenswil hat dazu eine sehr schöne Broschüre publiziert, die Auskunft darüber gibt, dass man zwischen Anteilen von 20 bis gar 100 Prozent erneuerbarem Biogas wählen kann –, dann hat er doch noch immer eine Heizung, die unter die Kategorie «fossilbetrieben» fallen würde. Wie würde hier der Indikator greifen? Der Ausstoss an CO₂ wäre ja dann, wie gewünscht, je nach Mix klein bis verschwindend klein. Aus Sicht der FDP muss dies der Gradmesser sein, an dem wir unsere Klimaziele messen, am CO₂-Ausstoss nämlich, und da hilft uns dieser Indikator gar nichts. Wir weigern uns auch weiterhin Krise gegen Krise auszuspielen. Ich hoffe, wir bringen so diesen Tag noch gut miteinander über die Runden. Wir lehnen die KEF-Erklärung ab, besten Dank.

Ratspräsident Roman Schmid: Das hoffe ich auch, Frau Franzen, das werden wir.

Abstimmung über die KEF-Erklärung Nr. 45

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 45 mit 91 : 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 8510, Altlasten

Leistungsgruppe 8700, Immobilienamt

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Leistungsgruppe 8710, Liegenschaften Finanzvermögen

Ratspräsident Roman Schmid: Zu dieser Leistungsgruppe liegen KEF-Erklärungen vor. Die KEF-Erklärungen 47 und 48 von Hans Egli werden gemeinsam beraten.

KEF-Erklärung 46

Nettorendite W1

Antrag von Hans Egli:

W1 Nettorendite aller Liegenschaften des FV, in %:

	P21	P22	P23	P24
Alt:	1.4	1.1	1.2	1.6
Neu:	1.5	1.5	1.5	1.6

KEF-Erklärungen 47

Nettorendite W2

Antrag von Hans Egli:

W2 Nettorendite der überbauten Liegenschaften des FV, in %:

	P21	P22	P23	P24
Alt:	2.0	1.7	1.8	2.2
Neu:	2.4	2.4	2.4	2.4

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Ich spreche zu beiden KEF-Erklärungen. Wir reden hier vom Finanzvermögen. Und wenn wir den KEF genau ansehen, dann sehen wir einen bescheidenen Nettoertrag. Die Vergangenheit hat bewiesen, sowohl wenn wir den KEF anschauen wie auch die Rechnung, dass die Erträge regelmässig höher sind als budgetiert. Als Beispiel: 2019 wurde 0,6 Prozent Rendite budgetiert. In der Rechnung gab es dann 1,11 Prozent. Im Budget 2020 wurde 0,4 Prozent budgetiert und es wird über 1 Prozent Rendite ergeben. Und wenn wir nach vorne schauen, beim Budget oder KEF 2024 sind wir dann bei 1,6 Prozent Rendite, also mehr, als jetzt gefordert ist. Dies belegt auch, dass diese zwei KEF-Erklärungen gerechtfertigt sind. Diese zwei KEF-Erklärungen machen Sinn. Diese zwei KEF-Erklärungen ermöglichen es sogar, den Budgetaufwand ein bisschen zu reduzieren. Hier kann Geld verdient werden, hier ist der Kanton rentabel, im Immobilienamt. Und es ist mit dieser KEF-Erklärung natürlich auch eine Motivation für das Immobilienamt verbunden. Wir kommunizieren dem Immobilienamt: Es ist möglich, dass es mehr Ertrag generiert respektive wir haben Vertrauen ins Immobilienamt, dass es dieses Ziel, dieses bescheidene Ziel auch erreichen wird. Es ist wichtig, dass wir nicht zu pessimistisch in die Zukunft schauen. Und genau hier haben wir einen KEF-Antrag,

der ein bisschen Optimismus versprüht, der aber auch realistisch ist und darum überwiesen werden kann. Desgleichen ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon): Meine Interessenbindung: Ich bin bekennender Optimist. Ich spreche zu den KEF-Erklärungen Nummern 46, 47 und 48, und zwar kurz, um das etwas speditiv zu halten.

Zuerst zu den beiden Renditen der Liegenschaften im Finanzvermögen, also die Nummern 46 und 47: Diese Renditen können insbesondere gesteigert werden, indem der Unterhalt reduziert wird. Damit wird aber eine Investitionsschuld aufgebaut, was kein nachhaltiges Wirtschaften ist. Selbstredend ist uns Grünliberalen nachhaltiges Verhalten wichtig und entsprechend unterstützen wir diese beiden Erklärungen nicht.

Und zu Erklärung Nummer 48: Diese unterstützen wir. Die Einführung eines neuen Indikators für den baulichen Zustand der Liegenschaften im Finanzvermögen ist die Grundlage für einen nachhaltigen Immobilienunterhalt, und das muss heute nicht mehr und nicht weniger als selbstverständlich sein.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht; fraktionslos): Ich gebe Ihnen meine Interessenbindung auch bekannt: Ich bin Realist. Und ich unterstütze natürlich die beiden KEF-Erklärung von Kollega Egli. Die machen absolut Sinn. Man soll endlich mal wissen, wo wir da stehen. Was ich nicht unterstütze – ich spreche auch gleich zu KEF-Erklärung 48 –, das ist die von Andrew Katumba. Die verstehe ich überhaupt nicht. Ich habe dazu auch schon Vorstösse gemacht. Es geht nämlich darum, dass nicht einfach Leistungs- und Wirkungsindikatoren, die der Verwaltung nur Arbeit machen und sonst gar nichts, hier weiter in den KEF hineingedrückt werden. Daran muss endlich einmal gearbeitet werden, es muss daran gearbeitet werden von der Geschäftsleitung, und zwar nicht erst irgendwann im nächsten Herbst, sondern in Richtung Frühjahr. Dann könnte sie mal was Gescheites tun, dass man nämlich diesen KEF durchstöbert und schaut, welche Leistungs- und Wirkungsindikatoren absolut obsolet sind und der Verwaltung nur Arbeit geben. Davon haben wir einen ganzen Haufen hier drin, es braucht nicht noch so einen Indikator von Katumba, der das Gleiche ist: obsolet und nur Arbeit für die Regierung.

Ratspräsident Roman Schmid: Die Geschäftsleitung wird diese Aufgabe wie immer der FIKO übertragen, weil diese die richtige Kommission dafür ist.

Regierungsrat Martin Neukom: Die Renditen des Finanzvermögens sind fast regelmässig Thema an den Budgetdebatten. Was wichtig ist zu wissen: Es gibt im Finanzvermögen keine Investitionsrechnung. Das heisst, wenn wir Unterhaltsarbeiten an Gebäuden machen, die wir im Finanzvermögen besitzen, dann schlagen die direkt auf die Erfolgsrechnung durch, die werden also nicht aktiviert. Das geht nach aktuellem CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*) nicht, diese zu aktivieren. Deshalb schwankt es, wenn wir Unterhalt machen, von Jahr zu Jahr. Sie können sich vorstellen, das ist ein breites Portfolio, und wenn dann mal ein grösseres Gebäude drankommt, dann kostet es halt viel auf einmal und wird auch auf einmal abgeschrieben. Dann ist die Rendite tief. Wenn wir viel Unterhalt machen, dann ist die Rendite tief. Und wenn wir ein Jahr mit wenig Unterhalt erwischen, dann ist die Rendite hoch. Das ist halt so, wenn man viele Projekte hat, es schwankt ein bisschen hin und her. Deshalb schwankt auch diese Rendite auf und ab. Wir können also nicht einfach so mehr Ertrag generieren, denn wir können auch nicht die Mieten erhöhen. Wir haben gewisse Wohnliegenschaften zum Beispiel oder Geschäftliegenschaften, da können wir nicht einfach die Mieten erhöhen, denn wir verlangen bereits heute in den allermeisten Fällen Marktmieten. Das heisst, alles, was wir machen könnten, um die Rendite zu erhöhen, ist, wie es bereits gesagt wurde, zu versuchen, weniger Unterhalt zu machen. Und das ist auch nicht sinnvoll, denn das würde uns die Rendite in Zukunft schmälern, wenn wir unsere Liegenschaften verlottern lassen.

Das Portfolio ist sehr heterogen. Das erklärt auch, warum diese Renditen nicht so hoch sind, wenn Sie das jetzt mit einer Pensionskasse oder einem professionellen Anleger im Wohnbereich vergleichen. Wir haben viel mehr Objekte in diesem Finanzvermögen drin, die nicht wirklich viel abwerfen, beispielsweise ist aktuell immer noch das Schloss Laufen im Finanzvermögen. Eigentlich gehört es ins Verwaltungsvermögen, ist aber im Finanzvermögen drin. Es wirft nichts ab, es ist kein Renditeobjekt, sondern ein Schutzgut. Beispielsweise haben wir auch das Areal der CU (*Chemie Uetikon*) in Uetikon am See, es ist auch im Finanzvermögen. Es kostet aktuell nur Geld. Es kostet viel und bringt in dem Sinne nichts. Wir haben es im Finanzvermögen, weil wir es später für die Kantonsschule brauchen werden, die wir dort errichten. Das

heisst, es ist temporär im Finanzvermögen, aber es ist kein Renditeobjekt. Deshalb ist die Rendite tiefer, als man vielleicht erwarten könnte, wenn man sich einfach diese Zahl anschaut. Weiter haben wir beispielsweise Liegenschaften in Höri, das ist historisch gewachsen. Ich weiss nicht genau, warum man die damals gekauft hat, aber sie sind jetzt da. Mit der Verschiebung der Fluglärmkurve wird es vermutlich so sein, dass wir einige von diesen Flächen gar nicht mehr bebauen können. Das wird ein Wertverlust sein, auch das bringt vermutlich nicht viel Geld ein.

Wir prüfen hingegen aussagekräftigere Indikatoren. Vielleicht können wir im Portfolio Gruppen machen, indem wir von einem Subportfolio die Rendite ausrechnen, damit Sie diese Zahlen, die Sie gerne hätten, besser sehen. Wir prüfen das auf das nächste Mal. Ich bitte Sie aber, die beiden KEF-Erklärungen nicht zu überweisen.

Zur KEF-Erklärung 48 betreffend Zustandswert: Das ist sinnvoll. Es wird uns auch nicht zusätzlichen Aufwand beschern, denn wir werden nächstes Jahr in der Lage sein, diesen Zustandswert auch tatsächlich zu kennen. Bisher hätten wir das nicht ausweisen können, weil wir die Daten nicht gehabt haben. Mit dem Mietermodell wurden jetzt aber alle diese Daten erhoben, deshalb ist das möglich, einen solchen Indikator einzuführen. Das gibt einen Eindruck, in welchem Zustand unsere Liegenschaften im Finanzvermögen sind. Besten Dank.

Abstimmung über die KEF-Erklärung Nr. 46

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 46 mit 96 : 72 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Abstimmung über die KEF-Erklärung Nr. 47

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 47 mit 97 : 71 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

KEF-Erklärung 48

Neuer Wirkungsindikator baulicher Zustandswert

Antrag von Andrew Katumba:

Einführung eines neuen Wirkungsindikators für den baulichen Zustand im Finanzvermögen.

Andrew Katumba (SP, Zürich), Präsident der Kommission für Planung und Bau (KPB): Ich spreche jetzt als Kommissionspräsident. Ich spreche auch nur zu KEF-Anträgen, die in unserer Kommission eine Mehrheit erhalten haben, das ist der einzige und per Zufall von mir. Diese

KEF-Erklärung wurde im Zuge der Beratungen zur langfristigen strategischen Immobilienplanung entwickelt oder ist so «aufgepoppt». Es ging darum, dass wir zwar einen Zustandswert der Qualitäten in der Leistungsgruppe 8750, im Verwaltungsvermögen haben, aber es gibt, wie wir dann festgestellt haben, in der Leistungsgruppe 8710 keinen solchen Wirkungsindikator. Zur Vervollständigung des Portfolios und der Gesamtübersicht haben wir dann entschieden, dass es sinnvoll wäre, hier entsprechend auch einen einzuführen, damit wir im nächsten Jahr ein komplettes Bild in der LSI haben.

Wir haben es vorher gehört, der Regierungsrat ist entsprechend bereit, auch diesen Zustandswert näher anzugucken und entsprechend die Zahlen hierfür aufzubereiten. Das war bis dato nicht der Fall. Ich bitte Sie, der Mehrheit der Kommission zu folgen und den Antrag entsprechend anzunehmen. Besten Dank.

Walter Honegger (SVP, Wald): Zur Klarheit: Wie wir schon in der Eintretensdebatte gesagt haben, unterstützen wir die Einführung dieses neuen Wirkungsindikators. Der bauliche Zustand eines Gebäudes in Prozent des Neuwertes zu kennen, macht eine Planung einfacher und gibt einen wichtigen ersten Überblick über das Portfolio. Die SVP stimmt diesem Antrag zu.

Abstimmung über die KEF-Erklärung Nr. 48

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 48 mit 139 : 28 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Leistungsgruppe 8750, Liegenschaften Verwaltungsvermögen

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Leistungsgruppe 8800, Amt für Landschaft und Natur

Ratspräsident Roman Schmid: Hier haben wir gemeinsame Beratung der Anträge 35, 35a, 35b und der KEF-Erklärungen 49 und 50 beschlossen. Über die Anträge 35, 35a und 35b werden wir im sogenannten Cup-Verfahren abstimmen.

35 Antrag FIKO:

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

35a Antrag WAK entspricht Minderheitsantrag Cyrill von Planta, Ronald Alder, Tobias Langenegger, Selma L'Orange Seigo und Hannah Pfalzgraf (FIKO):

Verschlechterung: Fr. -480'000

Drei zusätzliche Stellen für die raschere Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzepts (NSGK) gemäss Gegenvorschlag zur Natur-Initiative (dieser führt zu Aufwandsteigerung in Leistungsgruppe 8910 um 2.5 Mio. Franken per 2021 plus zusätzlich um 4 Mio. Franken per 2022). Berechnung: 1 zusätzliche Stelle pro 2 Mio. Franken Aufwandsteigerung, mit Beginn im Vorjahr dieser Aufwandsteigerung; Aufwand 160'000 Franken/Stelle.

35b Minderheitsantrag Beat Huber, Ueli Bamert, Martin Farner, Alex Gantner (i.V. von Andreas Geistlich), Paul Mayer, Christian Müller, Marcel Suter (WAK):

Verbesserung: Fr. 300'000 / Verschlechterung: Fr. -300'000

Streichen der zwei neuen Stellen für die Pflege zusätzlicher Naturschutzflächen.

→ Folgeminderheitsantrag in LG 8910 Natur- und Heimatschutzfonds

KEF-Erklärung 49

Naturschutz

Antrag von Beat Huber:

KEF 2022 keine neue Stelle für die Pflege zusätzlicher Naturschutzflächen, Verbesserung um Fr. 150'000.

KEF-Erklärung 50

Personelle Ressourcen für Umsetzung NSGK

Antrag von Melissa Näf und Brigit Tognella-Geertsen:

Personal P22 alt 363.6 / neu 369.6, P23 alt 365 / neu 376, P24 alt 366.3 / neu 377.3

Beat Bloch (CSP, Zürich), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Zum Budgetantrag 35a: Der Kantonsrat hat am 30. November 2020 dem Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Rettet die Zürcher Natur» zugestimmt (Vorlage 5582). Mit dem Gegenvorschlag sollte die Umsetzung des Naturschutzgesamtkonzeptes, NSGK, die Einlage in den Natur- und Heimatschutzfonds erhöht und der Erweiterung des Fondszwecks auf Massnahmen zur Renaturierung im Bereich von öffentlichen Gewässern Rechnung getragen werden. Gemäss

regierungsrätlicher Weisung sollen in diesem Zusammenhang die bisherigen drei befristeten Stellen für das NSGK in drei unbefristete umgewandelt werden.

Die Kommissionsmehrheit stimmt der Stellenplanerhöhung zu. Die Vielfalt der Arten und Lebensräume ist eine elementare Lebensgrundlage des Menschen. Eine möglichst grosse biologische Diversität stellt sicher, dass Fähigkeiten der Natur erhalten bleiben, die auch für den Menschen lebenswichtig sind, etwa zur Produktion von Nahrungsmitteln oder den Erhalt von gesunden Böden und sauberem Wasser. Mittlerweile sind jedoch viele, besonders artenreiche Lebensräume im Kanton Zürich nahezu verschwunden, beispielsweise ist die Fläche der Moore um rund 90 Prozent geschrumpft, und von den einstigen Trockenwiesen und Weiden sind rund 95 Prozent verschwunden. Namens der WAK beantrage ich Ihnen, diesem Budgetantrag zuzustimmen.

Zum Budgetantrag 35b: Im Rahmen des Naturschutzgesamtkonzeptes werden jährlich zusätzliche Flächen unter Schutz gestellt, und die Qualität der bisherigen Flächen im Umfang von mehr als 3000 Hektaren muss erhalten bleiben. Für die Kommissionsmehrheit sind die beantragten beiden Stellen ausgewiesen. Naturschutzflächen sind häufig nass und ihre Bewirtschaftung ist entsprechend mit viel Handarbeit verbunden. Es muss vor allem Fachpersonal des ALN für die aufwendigen Arbeiten eingesetzt werden, Landwirte und Zivilschutzleistende können nur beschränkt beigezogen werden, zum Beispiel für die Bekämpfung von Neophyten.

Die WAK beantragt Ihnen, den Minderheitsantrag abzulehnen.

Bei der KEF-Erklärung 49 für das Planjahr 2022 handelt es sich um einen Antrag, der mit demjenigen zum Budget vergleichbar ist. Namens der WAK beantrage ich Ihnen, die Erklärung abzulehnen.

Bei der KEF-Erklärung 50 für die Planjahre 2022 bis 2024 handelt es sich um einen Antrag, der mit demjenigen zum Budget vergleichbar ist und in Zusammenhang mit dem Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Rettet die Zürcher Natur» steht. Namens der WAK beantrage ich Ihnen, der KEF-Erklärung 50 zuzustimmen.

Melissa Näf (GLP, Bassersdorf): Ich spreche gleich zu allen Anträgen zusammen. Gemäss dem aktuellen Bericht der Vereinten Nationen zur Artenvielfalt verschwinden weltweit circa 130 Arten von unserem Planeten. Sie sterben aus – für immer. Pro Jahr? Pro Tag! 130 Arten! Und es ist auch Fakt: In keinem anderen europäischen Land sind so viele Arten bedroht oder bereits verschwunden wie in der Schweiz. Es ist

sehr erfreulich, dass wir gestern den Gegenvorschlag zur Naturinitiative, breit abgestützt angenommen haben, um aktiv zu handeln. Es werden nun dringend zusätzliche personelle Ressourcen im Amt für Landschaft und Natur benötigt, um konkret Projekte zu planen. Und hier haben wir nun mal eine gewisse Vorlaufzeit. Wir müssen also unbedingt schon nächstes Jahr mit der Planung beginnen, damit wir übernächstes Jahr Projekte umsetzen können. Wir Grünliberalen stimmen deshalb dem Minderheitsantrag 35a für drei zusätzliche Stellen im Amt für Landschaft und Natur zu.

In den kommenden Jahren wird der Betrag für die Umsetzung des Naturschutzgesamtkonzeptes weiter aufgestockt und es sind deshalb auch weitere Stellen nötig. Unsere KEF-Erklärung Nummer 50 stellt diese für die kommenden Jahre ein, bitte stimmen Sie dieser zu.

Für die Kürzungsanträge der SVP haben wir hingegen gar kein Verständnis. Eine Kürzung ist im aktuell beobachtbaren Tempo des Artensterbens wirklich fatal. Deshalb lehnen wir Grünliberalen den Minderheitsantrag 35b der SVP und auch deren KEF-Erklärung Nummer 49 klar ab. Vielen Dank.

Beat Huber (SVP, Buchs): Vorweg gesagt: Es ist keine Stellenkürzung. Wir wollen eine Nichterhöhung der Stellen, das ist ein grosser Unterschied. Die Naturschutzflächen im Kanton Zürich sind gross genug. Die SVP versteht nicht, dass in einer Krisenzeit wie jetzt Steuergelder, die dringend für die Erledigung der staatlichen Aufgaben und die Stützung der Wirtschaft benötigt werden, in eine zusätzliche Pflege der Naturschutzflächen eingesetzt werden sollen. Ebenfalls ist es falsch, in einer Krise die Produktionsflächen für die Nahrungsmittelproduktion zu reduzieren. Es darf nicht sein, dass wir unsere regionale Produktion durch Flächenentzug und andere produktionsenkende Massnahmen immer mehr schwächen. Unser Wohlstand und unsere vollen Teller müssen wir alle Tage verdienen und erarbeiten. Dazu braucht es die nötigen Flächen. Deshalb unterstützen Sie die Nichterhöhung der Stellen im Budget und im KEF mit uns zusammen und zeigen damit, dass Sie finanzpolitische Verantwortung übernehmen und die regionale Produktion nicht noch mehr schwächen und somit nicht noch mehr Nahrungsmittel importieren wollen. Das ist ökologische Verantwortung. Besten Dank.

Stephan Weber (FDP, Wetzikon): Ich spreche auch zu allen Anträgen gemeinsam: Der Regierungsrat beantragt zwei zusätzliche Stellen für das Naturschutzgesamtkonzept, NSGK. Wie bereits in der Debatte zum

Gegenvorschlag der Naturinitiative gesagt, steht die FDP dazu, dass es zusätzliche Stellen im ALN für die Umsetzung des NSGK braucht. Ich möchte klarstellen, dass es sich hier nicht um Stellenprozente für die Feldarbeit der Unterhaltsgruppen handelt, wie dies der WAK-Präsident vorhin gesagt hat, sondern um Stellenprozente im ALN für die Planung, Umsetzung und Kontrolle der Investitionsprojekte. Die Umsetzung des NSGK wird nicht mit fixen Stellen, sondern durch Stellenprozente bearbeitet. Die zuständigen Personen im ALN bearbeiten neben dem NSGK weitere hoheitliche Aufgaben wie Berichte, Stellungnahmen und Beratungen. Dies ist gut so und ermöglicht einen bedarfsgerechten und flexiblen Einsatz zugunsten des NSGK. Die Verwaltung hat in den Raum gestellt, dass sie 100 Stellenprozente für 2 Millionen Franken Investitionen benötigt. Dies ist für die FDP im besten Fall eine Diskussionsgrundlage. Man muss sich vorstellen, wie sich die Investitionen aus dem Fonds entwickeln werden. In einer ersten Phase werden die Planung und Vorbereitung von neuen Projekten, neben der Pflege der bestehenden Biodiversitätsfläche, Priorität haben. Mit der Zeit wird sich dies umkehren und die Pflegeaufwände werden gewichtiger gegenüber der Planung von Neuprojekten. Ein wahrscheinliches Szenario mit anderen Worten ist: Nach einem ersten Anstieg der Stellenprozente wird später eine Reduktion möglich sein.

Die FDP erwartet vom Baudirektor vor dem nächsten Budget einen klaren, transparenten Plan für die Stellenentwicklung entlang der steigenden Investitionen und veränderten Aufgaben. Die Zürcher Natur und die FDP erwarten dabei eine steigende Stelleneffizienz, damit die Gelder auch wirklich bei unserer Biodiversität ankommen. Die FDP wird dies genau verfolgen.

Die zwei im Budget zusätzlich eingestellten Stellen sollen den erhöhten Fondseinlagen, einem soliden Start für die angepasste Umsetzung des NSGK dienen. Die FDP folgt dieses Jahr dem Antrag des Regierungsrates und lehnt deshalb alle anderweitigen Anträge zum NSGK ab.

Konrad Langhart (parteilos, Stammheim): Die stärkere Fokussierung des Kantons auf Projekte im Naturschutz- und Biodiversitätsbereich sowie der Umsetzung des Naturschutzgesamtkonzeptes ist zu begrüßen. Sie ist notwendig und wird von der Gesellschaft auch zunehmend gefordert. Der Gegenvorschlag zur Naturinitiative kommt zur richtigen Zeit und wird dieser Fokussierung zusätzlichen Schub verleihen. All diese Aktivitäten sind auch im Interesse einer zukunftsorientierten, nachhaltig produzierenden Zürcher Landwirtschaft. Eine gesunde Lebensmittelproduktion geht nur im Einklang mit der Natur, das haben die

Erfahrungen in den letzten Jahrzehnten gezeigt. Biodiversität ist nicht nur ein Lifestyle-Produkt und ein «Nice-to-have», sondern für die Landwirtschaft lebenswichtig. Das haben viele – wenn auch noch nicht alle – Zürcher Bäuerinnen und Bauern erkannt, und so tut sich einiges: Produktionsmethoden werden angepasst und verbessert, auch mithilfe neuester Navigations-, Energie- und Kameratechnik, der Pestizideinsatz wird reduziert, die Biodiversitäts-Förderflächen werden ausgeschieden, Vernetzungsprojekte initiiert und vieles mehr; und das alles, ohne die Nahrungsmittelproduktion langfristig zu vergessen. Alle diese Prozesse brauchen Zeit. Sowohl die Natur als auch Lebensmittel sind keine Industriegüter, die sich von heute auf morgen produzieren lassen. Die Richtung stimmt also, die Qualität kann immer noch verbessert werden. Aber diese Entwicklung kostet auch etwas und verlangt nach grossen Investitionen. Wir Zürcher Bauern sind also bereit, unsere Verantwortung wahrzunehmen und unsere Aufgaben für die Gesellschaft zu erledigen. Wir Landwirte sind auch Biodiversitäts-Wirte, das bedingt eine intensive Zusammenarbeit mit der Verwaltung, und zwar durchaus vermehrt noch auf Augenhöhe. Es bedingt aber auch die nötigen Ressourcen, wie sie beispielsweise eben durch die Naturinitiative zur Verfügung gestellt werden.

Die Budgetanträge der Regierung in den Leistungsgruppe 8800 und 8910 sind angemessen, realistisch und an der Front in der notwendigen Qualität umzusetzen. Die CVP-Fraktion stimmt diesen ohne Abweichung zu.

Die beiden KEF-Erklärungen 49 und 50 lehnen wir ab. Es braucht keine Korrektur der Stellenentwicklung so wie es der Regierungsrat sieht. Besten Dank.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon): Ich möchte noch zu einem Grundlagenirrtum sprechen, der hier vorliegt, insbesondere der FDP: Es ist tatsächlich so, dass hier zwei unterschiedliche Qualitäten von Stellen gemeint sind. Mit dem Antrag der SVP sind Stellen im Naturschutzunterhaltungsdienst gemeint. Das ist daran zu sehen, dass es einen Folgeminderheitsantrag in der Budgetposition 8910 gibt, die sind dort angesiedelt. Und beim Antrag auf drei zusätzliche Stellen geht es um die Planung von Massnahmen im Rahmen des Naturschutzgesamtkonzeptes respektive seit gestern auch die Planung der Massnahmen im Rahmen des Gegenvorschlags zur Naturinitiative. Wenn Sie sich also ernst nehmen und Ihr Votum von vorhin ernst nehmen, geschätzte FDP,

dann müssen Sie dem Antrag auf drei zusätzliche Stellen für die Planung von Massnahmen jetzt zustimmen. Beim anderen Antrag geht es nur um den Naturschutzunterhaltungsdienst.

Regierungsrat Martin Neukom: Ich muss gar nicht mehr viel ausführen, Andreas Hasler hat es korrekt wiedergegeben. Es ist zu unterscheiden zwischen Stellen, die Projektarbeit machen, die Projekte betreuen. Die sitzen bei uns in der engeren Zentralverwaltung im Büro. Und es gibt Stellen, die arbeiten draussen in der Natur. Das ist überall dort, wo es nicht möglich ist, dass wir die Arbeiten an Externe vergeben können, was in den meisten Fällen die Bauern sind. Die Stellen, die draussen arbeiten, finanzieren wir über den Natur- und Heimatschutzfonds, und die Stellen, die die Projekte betreuen, dürfen wir gesetzlich nicht aus dem Natur- und Heimatschutzfonds finanzieren, deshalb sind sie direkt im Budget einzustellen. Wir haben das schon mehrfach thematisiert, ich habe es auch hier in diesem Rat gesagt, als wir den Gegenvorschlag diskutiert haben. Der Gegenvorschlag zur Naturinitiative bedingt zusätzliche Stellen in der Leistungsgruppe 8800, um die ganzen Projekte zu betreuen. Und hier ist die Grössenordnung ungefähr so, dass eine Stelle Projektgelder von ungefähr 2 Millionen Franken betreut. Das ist die Ausgangslage. Nun gibt es bestimmte Anträge, die Stellen zu streichen, diese lehnt die Regierung ab. Und es gibt Anträge, die Stellen zu erhöhen, die Regierung lehnt diese auch ab, weil der Gegenvorschlag zur Naturinitiative noch nicht in Kraft getreten ist. Besten Dank.

Ratspräsident Roman Schmid: Ich werde Ihnen das Abstimmungsprozedere erläutern: Es gibt drei Anträge, den Antrag 35 der FIKO, den Antrag 35a der WAK, entspricht dem Minderheitsantrag der FIKO, auf Verschlechterung um 480'000 Franken. Dieser Antrag untersteht der Ausgabenbremse. Dann gibt es noch den Minderheitsantrag von Beat Huber auf Verbesserung um 300'000 Franken und, damit verbunden, den Folgeminderheitsantrag in Leistungsgruppe 8910, Natur- und Heimatschutzfonds. Wir werden diese drei Anträge im Cupverfahren ausmehren. Wir werden auf mein Zeichen hin die Tür schliessen, die Anwesenden zählen und das absolute Mehr ermitteln. Falls einer der Anträge das absolute Mehr erreicht, erübrigen sich die zusätzlichen Abstimmungen. Sonst gibt es eine Hoffnungsrunde. Die Tür ist zu schliessen und die Anwesenden drücken bitte die Taste 3.

Abstimmung im Cupsystem

Anwesende Ratsmitglieder	168
Absolutes Mehr	85 Stimmen
Antrag 35.....	35 Stimmen
Antrag 35a.....	87 Stimmen
Minderheitsantrag 35b.....	45 Stimmen

Ratspräsident Roman Schmid: Der Antrag 35a der WAK hat das absolute Mehr erreicht. Da dieser Antrag aber der Ausgabenbremse untersteht, braucht es eine zweite Abstimmung. Wir stellen fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 180 Mitgliedern. Deshalb braucht es mindestens 91 Stimmen. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt dem Antrag 35a der WAK mit 87 : 80 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Damit ist das Quorum der Ausgabenbremse nicht erreicht worden.

Abstimmung über die KEF-Erklärung Nr. 49

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 49 mit 119 : 44 Stimmen (bei 1 Enthaltung) ab.

Abstimmung über die KEF-Erklärung Nr. 50

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 50 mit 86 : 79 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Ratspräsident Roman Schmid: Wir haben somit Leistungsgruppe 8800 beraten. Eventuell werde ich dann (*da inzwischen Unsicherheit über das Abstimmungsverfahren aufgekommen ist*) persönlich Rückkommen beantragen, muss das aber noch einmal durchgehen.

Leistungsgruppe 8910, Natur- und Heimatschutzfonds

Ratspräsident Roman Schmid: Den Folgeminderheitsantrag haben wir schon behandelt, er erübrigt sich.

KEF-Erklärung 51

Einführung eines neuen Leistungsindikators

Antrag von Domenik Ledergerber und Stephan Weber:

Einführung eines neuen Leistungsindikators:

	Aufgabe	P21	P22	P23	P24
bewirtschaftete Mittel (Fondseinlage ohne Anteil Archäologie, Denkmalpflege, Ortsbild- und Landschaftschutz) je Stelle zur direkten Umsetzung Naturschutz-Gesamtkonzept In der Fachstelle Naturschutz in Mio. Fr.	L5	1.6	1.8	2.0	2.2

*KEF-Erklärung 52**Einführung eines neuen Wirkungsindikators***Antrag von Domenik Ledergerber und Sonja Rueff-Frenkel:**

Einführung eines neuen Wirkungsindikators:

	Aufgabe	P21	P22	P23	P24
Grundstückkauf in ha	W1	5	5	5	5

*KEF-Erklärung 53**Einführung eines neuen Wirtschaftlichkeitsindikators***Antrag von Domenik Ledergerber und Stephan Weber:**

Einführung eines neuen Wirtschaftlichkeitsindikators:

	Aufgabe	P21	P22	P23	P24
Mittlempfänger Landwirtschaft in %	B1	50	53	56	59

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): Ich spreche zu den KEF-Anträgen 51 und 52: Nur mit Geld retten wir die Zürcher Natur nicht. Dies haben wir bereits bei der Beratung des Gegenvorschlags zur Naturinitiative Ende November betont. Wir werden in den nächsten zehn Jahren über eine halbe Milliarde Franken in den Natur- und Heimatschutzfonds einschliessen, viel Geld, welches auch in der Zürcher Natur ankommen muss. Wie in jeder Leistungsgruppe brauchen wir einige Indikatoren, um die Verwendung der Mittel und die Arbeit der zuständigen Behörden zu kontrollieren. Aktuell bewirtschaftet die Fachstelle Naturschutz 1,6 Millionen Franken pro Vollzeitstelle. Erklärtes Ziel der Fachstelle Naturschutz ist die Bewirtschaftung von über 2 Millionen Franken pro Vollzeitstelle. Mit dem beantragten Indikator im KEF-Antrag 51 kann die geforderte Effizienzsteigerung der Fachstelle Naturschutz gemessen werden. So stellen wir sicher, dass die Millionen Steuergelder in der Zürcher Natur ankommen und nicht auf der Zürcher

Verwaltung versickern. Die Fachstelle Naturschutz soll neue Projekte planen, die Unterhaltsarbeiten auf bestehenden Naturschutz- und Biodiversitätsflächen koordinieren, optimieren und fördern sowie Wissen an Bewirtschafter vermitteln. Die vorhandenen Gelder sollen jedoch nicht für unnötige Grundstückerwerbe eingesetzt werden. Es leuchtet mir ein, dass Grundstücksgeschäfte in Ausnahmefällen nötig, ja, sogar zielführend sind. Der Erwerb von Grundstücken deutet jedoch auch auf eine Unstimmigkeit mit Grundstückbesitzern über geplante Massnahmen hin. Zudem sind der Unterhalt und die Pflege von Grundstücken im Besitz des Kantons tendenziell teurer. Nur weil aktuell mehr Geld vorhanden ist, sollen die durchschnittlichen Grundstückskäufe der letzten Jahre von circa 5 Hektaren pro Jahr nicht zunehmen. Ich bitte Sie, die beiden KEF-Anträge zu unterstützen.

Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal): Ich spreche zu den KEF-Erklärungen 51, 52 und 53: Die SP lehnt alle drei Anträge ab, weil sie unzweckmässig, ineffizient, weil sie gar kontraproduktiv sind. Sie führen zu weniger Nachhaltigkeit und mehr Kosten. KEF-Antrag 51 will die Mittel im Natur- und Heimatschutzfonds effizient einsetzen, indem die bewirtschafteten Mittel je Stelle gesteigert werden. Diesen Antrag lehnen wir aus zwei Gründen ab: Erstens müsste der bauliche Unterhalt gekürzt werden, was nicht nachhaltig ist. Und zweitens würde er die Naturschutzmassnahmen verteuern.

Zur Nummer 52: Grundstücke zu kaufen oder zu tauschen ist ein effizientes Mittel. Es gibt Projekte mit Landbedarf. Die Interessen von Naturschutz und Landwirtschaft sind verzahnt. Oftmals sind Win-win-Lösungen möglich, vor allem dann, wenn Bauern die Biodiversitätsförderung für den langfristigen Werterhalt ihrer Flächen erkennen.

KEF-Antrag 53 will die Einführung eines neuen Wirtschaftlichkeitsindikators, der den prozentualen Anteil der Mittelempfänger Landwirtschaft kontinuierlich steigern will. Die SVP will, dass Geld in der Natur und bei den Landwirten landet. Auch hier argumentiert die SVP mit Effizienz. Ein effizienter Mitteleinsatz im Natur- und Heimatschutzfonds kann doch nicht die Unterstützung einer Branche sein – eine entlarvende Auslegung von Effizienz. Anyway, von diesem sonderbaren Begriff von Wirtschaftlichkeit und Effizienz muss die SVP endlich wegkommen. Ein effizienter Naturschutz bringt sachgerechte und situativ angepasste Förder- und Schutzprojekte und deren konsequente Umsetzung. ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich): Ich spreche auch gleich zu den KEF-Erklärungen Nummern 51, 52 und 53, ansonsten ist mein Votum eigentlich das pure Gegenteil des Votums meiner Kollegin Theres Agosti: Die FDP wird alle drei KEF-Erklärungen unterstützen, weil sie eben genau unsere Bestrebungen unterstützen, die wir auch bei der Beratung der Naturinitiative schon geäußert haben, nämlich: Die Effizienz der Mittelverwendung wird sichergestellt, ebenso die Transparenz beim Erwerb von Grundstücken. Und aus diesen Gründen werden wir allen KEF-Erklärungen zustimmen. Besten Dank.

Konrad Langhart (parteilos, Stammheim): Ich spreche gleich zu allen verbleibenden KEF-Anträgen 51 bis 53: Wir lehnen sie allesamt ab, tun Sie das im Interesse der Natur, aber auch im Interesse einer zukunftsorientierten Zürcher Landwirtschaft ebenfalls. Naturschutzprojekte brauchen eine seriöse Planung und Begleitung, Qualität kommt hier ganz bestimmt vor Quantität. Sie müssen mit den beteiligten Landeigentümern und Gemeinden vor Ort sinnvoll und praxistauglich umgesetzt werden. Das fördert auch ihre Akzeptanz. Naturschutz an der Geldverteilung pro Mitarbeiter der Fachstelle Naturschutz zu messen, ist widersinnig und schräg. Einen solchen Indikator gibt es sonst in der ganzen Verwaltung nicht.

Ebenfalls untauglich ist ein neuer Indikator, der den jährlichen Kauf von potenziellen Naturschutzflächen vorgibt. Ein solcher Kauf kann im Einzelfall Sinn machen, da gebe ich meinem Vorredner recht, und vielfach macht es eben auch keinen Sinn. Aber es braucht sicher keine Fixierung auf 5 Hektaren, das ist nicht zielführend.

Die letzte KEF-Erklärung Nummer 53 ist etwas eigenartig: Ausgerechnet jene Kreise, die für den Naturschutz möglichst wenig Geld ausgeben wollen und auch den Gegenvorschlag zur Naturinitiative abgelehnt haben, gestehen der Landwirtschaft zwei Drittel dieser unerwünschten Mittel zu. Nun, ich habe nachgerechnet, aber zwei Drittel von null Franken ist auch null Franken für die Zürcher Bauern. Die Landwirtschaft hat für ihre Leistungen definitiv mehr verdient. Besten Dank.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon): Auch ich rede zu 51 bis 53. Ganz grundsätzlich ist es doch so: Wir haben gerade erst gestern ein Gesetz verabschiedet, mit dem wir eine jährliche Berichterstattung zum Naturschutz verlangen. Und heute haben wir KEF-Erklärungen auf dem Tisch, mit denen zusätzlich zu dieser gesetzlich verankerten Berichterstattung noch weitere Berichterstattungen verlangt werden. Ja, wollen Sie den Naturschutz eigentlich in Bürokratie ersticken? Nächstes Jahr

beklagen Sie dann wahrscheinlich, dass der Naturschutz ineffizient sei. Kein Wunder, wenn wesentliche Ressourcen für Berichterstattungen verwendet werden müssen. Nur schon aus diesen grundsätzlichen Überlegungen unterstützen wir die KEF-Erklärungen nicht.

Die Erklärungen sind aber auch inhaltlich nicht unterstützungswürdig. Wenn Sie eine rasche Steigerung der bewirtschafteten Mittel pro Stelle verlangen, erhalten Sie nicht eine effiziente Verwaltung, Sie erreichen nicht, dass die wirkungsvollsten Naturschutzmassnahmen getroffen werden. Möglicherweise erreichen Sie aber, dass besonders teure Massnahmen getätigt werden. Das ist das Gegenteil von Effizienz.

Zur Nummer 52: Der Erwerb von Grundstücken kann Naturschutzprojekte entscheidend vorwärtsbringen, indem die erworbenen Grundstücke, wenn gewünscht, als Realersatz verwendet werden können. Solche Kaufgelegenheiten sind nicht planbar und deshalb von Jahr zu Jahr stark schwankend. Ein konstanter Indikator dazu ist nicht sinnvoll.

Zur Nummer 53: Die Mittel des Natur- und Heimatschutzfonds sollen zielgerichtet für die Natur eingesetzt werden. Und es soll jeweils der Leistungserbringer gewählt werden, der die nachgefragte Leistung effizient und in guter Qualität erbringt. Die KEF-Erklärung will im Gegensatz dazu eine planwirtschaftliche Steigerung der Aufträge an eine einzige Branche, und das ist nicht zielführend.

Regierungsrat Martin Neukom: Ich kann es kurz machen: Konrad Langhart hat es sehr gut ausgeführt, es ist die gleiche Argumentation. Zur ersten KEF-Erklärung: Sie wollen möglichst viel Geld pro Stelle ausgeben. Das schafft die falschen Anreize. Denn wir wollen ja nicht primär Geld ausgeben, wir wollen primär Wirkung. Und Wirkung ist nicht gleich Geld. Man kann auch schlechte Projekte machen und viel Geld ausgeben, aber wir wollen gute Projekte machen. Darum bitte ich Sie, diese KEF-Erklärung nicht zu überweisen.

Die zweite KEF-Erklärung will den Landerwerb steuern. Das ist grundsätzlich einfach nicht so gut möglich, denn der Landerwerb ist in diesem Bereich nicht gut planbar und eignet sich deshalb schlecht als Indikator.

Und drittens wollen Sie die Vorgabe machen, dass wir die Naturschutzgelder grossmehrheitlich an die Landwirte ausbezahlen. Das ist gelinde gesagt nicht allzu sinnvoll. Es ist so, wie wenn ein Schreiner hier im Rat einen Antrag stellen und sagen würde, 20 Prozent der Hochbauinvestitionen müssten an Schreiner vergeben werden. Da würden wir auch sagen: Nein, wir geben selbstverständlich Aufträge an Schreiner, aber nur so viel wie nötig. Das gilt analog im Naturschutzbereich:

Selbstverständlich vergeben wir Arbeiten an Bauern, aber nur dort, wo es nötig ist. Deshalb bitte ich Sie, alle drei KEF-Erklärungen nicht zu überweisen. Besten Dank.

Abstimmung über die KEF-Erklärung Nr. 51

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 51 mit 96 : 71 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Ratspräsident Roman Schmid: Nun frage ich Sie: Sind zur KEF-Erklärung 52 noch Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Abstimmung über die KEF-Erklärung Nr. 52

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 52 mit 95 : 72 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Ratspräsident Roman Schmid: Ich frage an: Sind noch Wortmeldungen zu KEF-Erklärung 53?

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich führe einen Landwirtschaftsbetrieb mit meinem Bruder und stehe in enger Verbindung mit der Zürcher Natur. Die linksgrüne Ratsmehrheit zeigt ihr wahres Gesicht. Es ist Ihnen vor rund zwei Wochen sehr gut gelungen, aufzuzeigen, wie schlecht es der Zürcher Natur geht. Und Sie haben es geschafft, sehr viel Geld für die Zürcher Natur zu sprechen. Nun aber Indikatoren einzuführen, damit auch möglichst viel Geld für die Zürcher Natur eingesetzt wird, das wollen Sie dann doch nicht. Ist das Geld doch eher für die Aufblähung der Fachstelle Naturschutz und teure Planungs- und Ingenieurbüros bestimmt? Ach nein, Sie haben ja mehrfach betont, die Zürcher Landwirtschaft werde enorm von den Geldern im Natur- und Heimatschutzfonds profitieren. Die Fachstelle Naturschutz bemängelt die Qualität der bestehenden Flächen, also müssen Unterhalt und Bewirtschaftung dieser Flächen verbessert werden. Dazu sagt die Fachstelle: Die Gelder im Bereich Unterhalt sind bei den Zürcher Landwirten am effizientesten eingesetzt; dies, weil die Tarife in der Landwirtschaft kostengünstig sind. Aktuell stammen rund 50 Prozent der Mittelempfänger aus der Landwirtschaft. Soll zukünftig die Qualität der bestehenden Flächen möglichst effizient verbessert werden, müssen anteilmässig mehr Gelder in die Zürcher Landwirtschaft fliessen. Fliessen zukünftig mehr Gelder in die Landwirtschaft, schlagen wir gleich zwei Fliegen auf einen Streich: Einerseits stellen wir einen effizienten Mitteleinsatz sicher, andererseits

unterstützen wir die Förderung einer wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Landwirtschaft im Kanton Zürich. Gemäss Agrarbericht ist dies ein wichtiges Ziel des Kantons Zürich. Dieser Antrag ist eine gute Gelegenheit, mit den Geldern aus dem Natur- und Heimatschutzfonds gleich zwei wichtige Ziele des Kantons Zürich zu unterstützen. Bitte überweisen Sie den KEF-Antrag.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Lieber Domenik, die Bauern sind einer der wichtigsten Partner für den Naturschutz und daran hält auch die linke Ratsseite weiterhin fest. Die Bauern werden enorm an diesen Geldern partizipieren können. Aber einen Indikator festzuschreiben, der sagt, wie viel Prozentanteil jedes Jahr davon zu den Bauern geht, macht keinen Sinn. In einem Jahr wird ein Naturschutz-Projekt gebaut, das heisst, vor allem ein Bauunternehmer aus dem Kanton wird einen grossen Teil von diesem Geld erhalten. In anderen Jahren sind es andere KMU, die beteiligt sind und dann von diesen Geldern profitieren. Deshalb macht dieser Indikator keinen Sinn. Und trotzdem kannst du zuversichtlich sein, dass die Bauern sehr stark von der Natur profitieren und die Natur von den Bauern profitiert. Danke.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 53 mit 94 : 71 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 8930, Mehrwertausgleichsfonds

Leistungsgruppe 8940, Denkmalpflegefonds

Leistungsgruppe 8950, Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen

Leistungsgruppe 8960, Deponiefonds

Leistungsgruppe 8970, Kantonaler Waldfonds

Leistungsgruppe 8980, Wildschadenfonds

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Roman Schmid: Somit ist die Baudirektion durchberaten. Information: Der Kantonsrat wird jetzt in die Mittagspause entlassen. Wir liegen im Zeitplan. Sämtliche Fraktionspräsidien, das FIKO-Präsidium und das WAK-Präsidium bitte zu mir nach vorne, wir müssen das Prozedere beim Antrag 35 besprechen. Die anderen dürfen in die Mittagspause. Ich wünsche «en Guete».

Die Beratung der Vorlage 5644b wird unterbrochen. Fortsetzung am Nachmittag.

3. Verschiedenes

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Fraktionserklärung der SP zur Abwesenheit von Regierungspräsidentin Silvia Steiner

Markus Späth-Walter (SP, Feuerthalen): Das Kantonsratspräsidium hat uns gestern mitgeteilt, die Bildungsdirektorin habe heute Morgen Dringenderes zu tun, als an der Budgetdebatte teilzunehmen, dafür stehe der Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*) zur Verfügung. Dafür gebührt ihm Dank.

Wir erinnern uns vage: Vor nicht allzu langer Zeit waren wir im Rat in einer ähnlichen Situation (*in der Budgetdebatte im Dezember 2018*). Damals wurde die Justizdirektorin (*Regierungsrätin Jacqueline Fehr*) unter Absingen wüster Lieder gezwungen, Hals über Kopf aus Bern anzureisen und dem Kantonsrat Rede und Antwort zu stehen. Wir verzichten heute auf eine solche Übung. Wir gehen aber davon aus, dass die Frau Regierungspräsidentin sehr gute Gründe hat, uns heute zu versetzen, und dass sie uns diese, wenn sie es dann doch noch in die Halle 7 schafft, auch überzeugend erläutert.

Dem Parlamentspräsidium danken wir für die hohe Flexibilität. Wir erwarten, dass die Budgetberatung heute ohne unvorhergesehene Unterbrechung zu Ende geführt wird, notfalls halt ohne Bildungsdirektorin oder mit ihrer Stellvertretung. Danke.

Ratspräsident Roman Schmid: Ich möchte nur noch kurz korrigieren, dass ich nicht gesagt habe, sie hätte Besseres zu tun, aber sie wird uns dann sicher mitteilen, was der Grund ist. Grundsätzlich haben wir einen flexiblen Baudirektor, einen flexiblen Kantonsratspräsidenten und einen überaus flexiblen Kantonsrat. Vielen Dank, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dass wir zuerst die Leistungsgruppe 8000 und folgende beraten konnten.

Kleiner Zwischenstand zum Zeitplan: Wir sind im Plan. Heute Abend, 21.00 Uhr, sollte möglich sein, um diese Budgetdebatte abschliessen zu können. Ich bin optimistisch. Gestern haben Sie sehr gut mitgearbeitet, vielen Dank. Ich hoffe, dass dies auch heute der Fall sein wird.

Schluss der Sitzung: 11.50 Uhr

Es findet eine Nachmittagssitzung mit Beginn um 14.30 Uhr statt.

Zürich, den 15. Dezember 2020

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 18. Januar 2021.